

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 311 · 27. JAHRGANG · AUSGABE 4/2021 VOM 30. MÄRZ 2021 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Vorsitzender der Stadtverordneten abgewählt**
Koalition der Wahlverlierer in Bernau

8/9 | **Ein Mensch springt in den Tod: »Wir sind alle Salah!«**
Antirassismustag in Eberswalde

14 | **Im Angesicht der Gesichtskontrolle**
EU-Bürgerinitiative fordert Verbot

An der Südwestfront gegen Rußland

BRD ist Drehscheibe für die Truppentransporte zum US-Großmanöver DEFENDER EUROPE 21

Im Jahr 2020 war das Großmanöver wegen der Corona-Pandemie nur in abgespeckter Form als Kommandostabsübung realisiert worden. Für DEFENDER EUROPE 21 steht das nicht zur Diskussion. Die Rechercheplattform german-foreign-policy.com hat US-Berichte zum diesjährigen Großmanöver ausgewertet.



Foto: C. UHLMANN

Demnach werden im April Tausende US-Soldaten in Europa eintreffen, um dann weiter in Richtung russische Grenze zu marschieren. Die BRD wird erneut als Drehscheibe für die Truppenverlegung fungieren. Es werden deutsche Häfen, Flughäfen und Truppenübungsplätze genutzt. Zugleich beteiligt sich die Bundeswehr mit 430 Soldaten direkt an den Kriegsbungen.

Beteiligt sind neben 21 NATO-Mitgliedern auch fünf Länder, die dem Kriegsbandnis nicht angehören, darunter mit Georgien und der Ukraine einstige Sowjetrepubliken an der unmittelbaren Grenze zu Rußland. Mit Moldawien ist eine weitere ehemalige Sowjetrepublik beteiligt. Außerdem beteiligen sich Teilstaaten des früheren Jugoslawiens. Neben Bosnien-Herzegowina ist das NATO-/EU-Protoktorat Kosovo involviert, das 1999 in einem völkerrechtswidrigen Krieg der NATO unter BRD-Beteiligung von Serbien abgespalten wurde. Insgesamt nehmen mehr als 30.000 Soldaten an der Kriegsbung teil.

Entgegen zunächst verbreiteter Behauptung gehört Armenien nicht zu den Teilnehmerländern des Großmanövers. Das armenische Verteidigungsministerium informierte, daß sich das Land nur dann an multinationalen Manövern beteiligt, wenn diese der »Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Stabilität« dienen. Dies trifft bei DEFENDER EUROPE 21 nicht zu.

Im Kern geht es bei DEFENDER 21 darum, die Überführung einer großen Anzahl US-Soldaten nach Europa und dann weiter in Richtung russische Grenze zu proben. Bildete bei DEFENDER 20 die Nordwestflanke der Schwerpunkt, liegt das Zentrum der Aktivitäten diesmal in Südosteuropa und am Schwarzen Meer.

Die US-Truppen nutzen neben Häfen und Flugplätzen in der BRD diesmal Landungsstellen in Slowenien und Kroatien. Beide spalteten sich Anfang der 1990er Jahre von Jugoslawien ab. Auch in Albanien und in Griechenland sind Anlandungen geplant.

Für ihren Einsatz nutzen die US-Truppen zum Teil die bereits in großen Materiallagern in Europa (Army Prepositioned Stock, APS) deponierten Waffen und Ausrüstungen. Für DEFENDER 21 werden APS in Eyselshoven (Niederlande), Livorno (Italien) sowie Dülmen oder Mannheim (beide BRD) genutzt. Die aufgerüsteten US-Truppen werden dann über verschiedene Routen weiter nach Osten verlegt.

In der BRD sollen für DEFENDER 21 auch Truppenübungsplätze für praktische Kriegsbungen genutzt werden. Insgesamt finden auf 30 Trainingsarealen in zwölf Ländern Übungen zum Teil mit scharfem Schuß statt.

Bestandteil von DEFENDER 21 sind zudem die Luftlandeübung »Swift Response« mit 7.000 Soldaten aus elf Ländern in Rumänien, Bulgarien und Estland und »Saber Guardian« mit 13.000 Soldaten aus 19 Ländern. In letzterem sollen Operationen zur Luft- und Raketenabwehr sowie eine medizinische Evakuierung im großen Stil geprobt werden. Parallel findet noch das Manöver »African Lion«, das auf eine Kooperation der USA mit Marokko zurückgeht, mit 5.000 Soldaten statt. Im Juni vor der Rückverlegung in die USA schließt eine große Simulationsübung zur Führung von Truppen in über 100 Ländern auf zwei Kontinenten die Manöverserie ab.

G.M.

(Quelle: www.german-foreign-policy.com, »Kein Lockdown für Militärs«)

Der Bürgermeisterzyklus

In Natur und Gesellschaft wirken zuweilen dem Menschen verborgene Kräfte. Zu diesen Phänomenen, deren Ursachen noch nicht endgültig erforscht sind, gehört der EBERSWALDER BÜRGERMEISTERZYKLUS (vgl. BBP 8/2014).

Nach diesem unsichtbar wirkenden Gesetz gewinnen die Eberswalder Bürgermeister jeweils glänzend und souverän die Wahl zu ihrer zweiten Amtszeit, die sie dann aber regelmäßig nicht überstehen. Zwei der drei demokratisch gewählten Nachwende-Bürgermeister wurden so in ihrer zweiten Amtsperiode ebenso demokratisch wieder abgewählt.

Mit dem Dritten schien es zwischenzeitlich, als wäre der Eberswalder Bürgermeisterzyklus überwunden. Statistiker und Analysten sprachen gar bereits davon, die vorherige doppelte Abwahl sei bloß ein völlig zufälliges Ergebnis widriger Umstände gewesen. Und tatsächlich steht für den derzeitigen Bürgermeister Friedhelm Boginski im Unterschied zu seinen Vorgängern keine Abwahl in Aussicht. Im Gegenteil, seine Position erscheint gefestigter denn je.

Dennoch zwingen ihn nun mysteriöse Kräfte zum Verlassen des Bürgermeisterstuhls, womit sich der Eberswalder Bürgermeisterzyklus letztlich gegen die zwischenzeitliche Erwartung nun doch durchsetzt.

Auf dem kürzlichen Landesparteitag seiner Partei, der FDP, wurde Friedhelm Boginski auf den Platz 2 der Landesliste für die Bundestagswahl im September gesetzt. Und auch um das Direktmandat im Wahlkreis 57 (Oberbarnim/Uckermark) soll er sich im Interesse seiner Partei bewerben. Daß ein FDP-Mann das Direktmandat erringt, gilt zwar als unwahrscheinlich, aber Boginskis Wahlkreiskandidatur wird seiner Partei gewiß auch eine Reihe von zusätzlichen Zweitstimmen einwerben. Möglicherweise erhält er sogar Stimmen von jenen, die ihn lieber im Bundestag als auf dem Bürgermeisterstuhl sehen wollen. Die Fahrkarte in den Bundestag hat er jedenfalls schon mit seinem Vizelistenplatz fast sicher, sofern die FDP die 5-Prozent-Hürde überwindet – woran angesichts der Umfragen kaum jemand zweifelt.

Sobald Boginski das Bundestagsmandat annimmt – und daran läßt er diesmal im Unterschied zur letzten Kreistagswahl keinen Zweifel aufkommen – endet sein Wahlbeamtenverhältnis auf Zeit im Eberswalder Rathaus. Das dürfte etwa Ende Oktober der Fall sein, also gut ein Jahr vor dem regulären Ende seiner zweiten Amtsperiode als Eberswalder Bürgermeister am 30.11.2022.

Der Eberswalder Bürgermeisterzyklus wäre damit – wenngleich unter anderen Umständen und ohne eine direkte Abwahl – ein weiteres Mal bestätigt.

GERD MARKMANN

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

Modellstadt Eberswalde:

Ein BürgerRat per Los

Eberswalde (bbp). Die Stadt Eberswalde soll Modellstadt werden. Darüber informierte die Stadtverwaltung am 9. Februar die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU). Das Land Brandenburg habe im Herbst 2020 unter dem Motto »Zukunftsthemen beleuchten – Gemeinsam Antworten finden« die Landesinitiative »Meine Stadt der Zukunft 2020-2022« gestartet. Ziel der Initiative ist die Förderung von bis zu acht Modellvorhaben Brandenburger Städte und Gemeinden. Mittel bis zu 100.000 Euro pro Modellvorhaben für die Jahre 2021 und 2022 stehen zur Verfügung. Die Bewerbungsfrist war sehr kurz. Bis zum 15. Januar mußten die Bewerbungen für die Landesinitiative abgegeben werden. Die Stadtverwaltung beteiligte sich mit dem Modellvorhaben »EW 2035 | Meine Stadt«. Mit Erfolg, wie Brandenburgs Infrastrukturminister Guido Beermann am 10. Februar bekanntgab.

Die Vorhaben der Stadt Eberswalde befassen sich mit den Themen »zukunftsfähige Quartiere«, »Wärmewende«, »lokale Energiewende«, »lokale Mobilität« sowie den Querschnittsthemen »digitale Transformation« und »Klimawandel«.

Eine zentrale Rolle soll hierbei die ENTWICKLUNGSFLÄCHE IM BAHNHOFSUMFELD spielen, unter anderem mit der Vision eines klimaneutralen, »smarten« Quartiers.

Geplant ist die Bildung eines Bürgerrates – eine Beteiligungsform, die bislang in Brandenburg wenig erprobt ist und daher wertvolle Erkenntnisse für Stadtentwicklung erwarten läßt. Der Bürgerrat wird per Losverfahren repräsentativ nach Geschlecht und Altersgruppen besetzt. Über eine digitale Beteiligungs- und Konsultationsplattform werden neue Formen der Information und insbesondere der Teilhabe ausprobiert. Die Themen sind bereits Bestandteil des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (INSEK) und des Energie- und Klimaschutzkonzepts. Beide Konzepte sehen eine intensive Bürgerbeteiligung vor, die nun in der erweiterten Form eines BürgerRates umgesetzt werden können.

Neben Eberswalde konnten sich auch Bad Belzig, Cottbus, Großräschen, Herzberg (Elster), Neuruppin, Zossen sowie in Gemeinschaft Perleberg und Wittenberge in dem Wettbewerb durchsetzen, an dem insgesamt 17 Städte teilnahmen.

BVB/Freie Wähler in aktueller Umfrage:

In Bernau und Panketal weit vorn

Laut einer aktuellen Umfrage konnte BVB/Freie Wähler seinen Vorsprung im Wahlkreis 14 (Bernau-Panketal) deutlich ausbauen. Diesen hatte die Wählervereinigung bei der letzten Landtagswahl mit knappem Vorsprung gewonnen. Laut den aktuellen Zahlen liegt Péter Vida im Wahlkreis bei 34%, gefolgt von der SPD mit 20% und den Linken mit 13%. Die Grünen liegen bei 11,5%, die AfD bei 10%, die CDU bei 9,5%. Landesweit werden BVB/Freie Wähler mit 9% prognostiziert. Es ist der höchste jemals gemessene Wert für den Dachverband der Brandenburger Wählergruppen.

Das Umfrageergebnis bedeutet einen massiven Rückenwind für die Arbeit im Landtag und vor Ort in der Bernauer Stadtverordne-

tenversammlung bzw. der Panketaler Gemeindevertretung. Wir sehen darin eine Bestätigung unserer sachorientierten Arbeit. Die klare programmatische Ausrichtung als Kraft der Mitte und des gesunden Menschenverstandes wird immer mehr honoriert.

Besonders groß ist der Abstand in Bernau. So liegt BVB/Freie Wähler in der Hussitenstadt sogar bei 37,5%, Tendenz steigend. Der große Vorsprung stellt eine klare Bestätigung der intensiven Arbeit vor Ort dar.

BVB/Freie Wähler Bernau & Panketal

www.wahlkreisprognose.de/2021/03/19/brandenburg-spd-und-gruene-leicht-verbessert-cdu-laesst-nach-bvb-fw-im-aufwind/

Volksinitiative »Erschließungsbeiträge abschaffen!«:

30.000 Unterschriften in drei Monaten

Am 8. März reichten BVB/Freie Wähler die Volksinitiative »Erschließungsbeiträge abschaffen!« ein. Binnen knapp drei Monaten kamen über 30.000 Unterschriften zusammen. Der große Zulauf zeigt, daß die Bürger trotz Corona für dieses landesweite Thema sensibilisiert sind und eine Veränderung der Finanzierungsmethode bei der Errichtung von Allgemeingütern wollen. Die Volksinitiative erweist sich schon jetzt als die erfolgreichste unter Lockdown-Bedingungen geführte Unterschriftensammlung.

Wir werden die Forderung nach mehr Mitbestimmung und Entlastung der Anlieger wiederholt in den Landtag einbringen. Ziel ist eine Regelung wie bei der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vor zwei Jahren.

Um dem Anliegen weiterhin die nötige Dringlichkeit zu verleihen, nutzen wir die gesetzliche Frist von 12 bzw. 18 Monaten zur Sammlung bei weitem nicht aus.

PÉTER VIDA,
Landesvorsitzender BVB/Freie Wähler

StVV-Vorsitzender abgewählt

Bernau (bbp). Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung Bernau Dr. Harald Ueckert (Die Linke), Ulf Blättermann (CDU), Michael Herrmann (SPD) und Horst Werner (BfB/FDP) haben zur Sitzung am 25. März die Abwahl des StVV-vorsitzenden Péter Vida (BVB/Freie Wähler) beantragt. Die Vorlage haben weitere Stadtverordnete, unter anderem Josef Keil (SPD), unterzeichnet.

Es sei »gute Tradition, daß der Vorsitz in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung überparteilich, wertschätzend gegenüber den Bürgerinnen und Bürger, respektvoll gegenüber den Stadtverordneten, dem Bürgermeister und den Mitarbeitern der Stadtverwaltung und der Würde des Gremiums entsprechend ausgeübt wird«, heißt es in der Begründung. Frühere Vorsitzende hätten dies in den Diskussionen über die

Abwahl des Bürgermeisters, beim Ringen um die richtigen Lösungen für die Altanschießerproblematik oder in der Zeit des Bürgerentscheids zum Rathausneubau beispielgebend praktiziert. Die Wahrnehmungen »in den letzten Wochen und Monaten« lassen die Einreicher feststellen, daß Péter Vida nicht mehr ihr Vertrauen genieße.

Weiter begründet wurde das Ansinnen nicht. Vom Ortsbeirat Waldfrieden lag eine Wortmeldung vor, wonach sich der Ortsbeirat einig ist, daß er »die bisherige Unterstützung von Herrn Vida für die Ortsbeiratsarbeit zu schätzen weiß und über den Ortsvorsteher eine entsprechende Stellungnahme abgeben wird. Im Fokus der Stellungnahme sollen die neutrale Leitung von SVV-Sitzungen und die basisdemokratische Ausrichtung von Herrn Vida stehen.«



Bürgerversammlungen, Vorortgespräche, Unterschriftensammlungen. Péter Vida spricht regelmäßig mit den Menschen vor Ort, nimmt deren Wünsche und Sorgen mit in die politischen Gremien, in denen er tätig ist.

Während der Sitzung ergriffen weitere Stadtverordnete das Wort, meist um Unterstützung für Péter Vida zu signalisieren. Die Einreicher folgten hingegen auch nicht der Aufforderung der stellvertretenden Vorsitzenden Irene Köppe (Die Linke), ihren Antrag näher zu begründen. In der folgenden geheimen Wahl votierten 20 Stadtverordnete für die Abwahl, während 15 dies ablehnten und ein Volksvertreter sich der Stimme enthielt. Laut dem Bericht von bernau-live.de erhielt Péter Vida nach erfolgter Abwahl großen Applaus von den anwesenden Gästen.

Die Bernauer Stadtverordneten wählten anschließend Daniel Sauer (CDU) mit 23 Stimmen bei einer Enthaltung zum neuen StVV-Vorsitzenden. Zwölf Stadtverordnete votierten bei der Wahl mit Nein.

Start in den Bundestagswahlkampf

Eberswalde/Prenzlau (b90/bbp). Mit einer virtuellen Auftaktveranstaltung starten am Dienstag, den 30. März, die bündnisgrünen Kreisverbände Barnim und Uckermark in den Bundestagswahlkampf 2021.

Der bunte Abend wird von der ehemaligen RBB-Moderatorin CARLA KNIESTEDT (MdL) moderiert. In lockerer Atmosphäre sollen MICHAEL KELLNER (gewählt) und KIM STATTAUS (designiert) als Direktkandidaten für die Region vorgestellt und die grünen Mitglieder und Sympathisanten auf den Wahlkampf eingestimmt werden. Dazu wird es Livemusik und Videospiele geben. Die Veranstaltung wird auf der grünen Facebook-Seite live übertragen (www.facebook.com/gruenerbarnim).

Die Sprecherin des Kreisverbandes Barnim, SARAH POLZER-STOREK, erklärt dazu: »Auch wenn die Pandemie nach wie vor das alles bestimmende Thema ist, steht in diesem Herbst eine richtungsweisende Wahl bevor. Darauf wollen wir uns gemeinsam mit den grünen Freundinnen und

Freunden aus den Kreisen Märkisch Oderland und Uckermark einstimmen. Coronabedingt findet die Veranstaltung leider nur per Livestream statt. Trotzdem wird sie für uns Motivation für einen engagierten Wahlkampf sein.«

Die Sprecherin des Kreisverbandes Uckermark, TINA PRAGER, sagt: »Digitale Formate werden in dieser richtungsweisenden Wahl im September eine große Rolle spielen. Ich freue mich auf einen außergewöhnlichen Abend, mit dem wir motiviert in einen aufregenden Wahlkampf starten.«

Michael Kellner, politischer Bundesgeschäftsführer der Grünen, ist im Wahlkreis Uckermark/Barnim I bereits als Direktkandidat für Bündnis 90/Die Grünen aufgestellt. Kim Stattaus, Fraktionsvorsitzender der Grünen in Bernau, verfügt über ein einstimmiges Votum der grünen Basis im Regionalverband Niederbarnim für eine Kandidatur im Wahlkreis Märkisch-Oderland/Barnim II. Die förmliche Aufstellungsversammlung wird coronabedingt erst Ende April stattfinden.

Abwahantrag in Bernau:

Persönliche Erklärung

Nach Bekanntwerden des Abwahantrages für meine Position als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung habe ich allen Stadtverordneten ein Gesprächsangebot unterbreitet, um die Motive der vier Mitglieder, die den Abwahantrag gestellt haben, nachzuvollziehen.

Sehr viele Stadtverordnete haben von diesem Angebot Gebrauch gemacht. Die bisher geführten Gespräche bestätigen meine Sorge, daß der Abwahantrag parteipolitische Motive hat, die außerhalb der Stadtverordnetenversammlung liegen. Fachliche Kritik an der Sitzungsleitung und Beachtung der Geschäftsordnung sowie der Gesetze wurde nicht vorgebracht.

Parteilichter Schlagabtausch ist Teil des politischen Geschäfts, darf aber nicht zur Beschädigung des Amtes als solches führen. Bei der Kommunalwahl haben die Wähler BVB/Freie Wähler zur stärksten Kraft gewählt und mir als Kandidaten mit einer Verdreifachung der Stimmen ein klares Mandat erteilt.

Es ist demokratische Gepflogenheit, daß die stärkste parlamentarische Kraft den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung stellt. Deswegen bedauere ich dieses Vorgehen sehr.

Ich bin darüber hinaus verwundert, daß in dem Neuwahantrag kein Wahlvorschlag für eine andere Person enthalten ist. Entweder, weil man annimmt, daß ich im Amt bleibe oder weil die Antragsteller einen Kandidaten spontan in der Sitzung präsentieren wollen. Letzteres wäre befremdlich. Den Bürgern und der Öffentlichkeit vorher nicht zu sagen, wer Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung werden soll, wird dem Anspruch auf Information, Transparenz und Demokratie nicht gerecht. Es bestätigt die Annahme der parteipolitischen Auseinandersetzung, die der Würde des Amtes und dem Ansehen der ganzen Stadtverordnetenversammlung schaden könnte.

In dem Fall, daß ich im Amt bleibe, stehe ich in der Sache sehr gern bereit, die Erwartungen aller Stadtverordneten im Hinblick auf Sitzungsablauf und Verhandlungsführung weiterhin zu erfüllen. Juristische Präzision ist mir schon aus beruflichen Gründen wichtig. Ausdrücklich weise ich darauf hin, daß der von einem der Antragsteller erhobene Vorwurf, Unterlagen seien vorzeitig einigen weitergeleitet worden, nicht stimmt. Es handelte sich hierbei um ein Mißverständnis des Stadtverordneten, das bereits vor drei Wochen ausgeräumt wurde.

In den letzten Tagen habe ich aus der Bevölkerung viel Zuspruch erfahren. Die Menschen wollen eine Stadtverordnetenversammlung, die Themen bearbeitet und Inhalte voranbringt. Daran will ich mich messen lassen. Personalpolitische Auseinandersetzungen und gegenseitige Vorwürfe sollten nicht im Fokus stehen. Ich bin bereit, zum Wohle der Stadt und ihrer Bürger zu arbeiten und reiche symbolisch allen Stadtverordneten die Hand.

PÉTER VIDA 3

Was darf öffentlich sein?

Die Mitglieder kommunaler Gremien sind bei ihrer Tätigkeit hinsichtlich der Öffentlichkeit Beschränkungen unterworfen. Diese sind in der Kommunalverfassung § 36 klar geregelt. Demnach sind Sitzungen kommunaler Vertretungen grundsätzlich öffentlich. Aber: »Die Öffentlichkeit ist auszuschließen, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechtigte Interessen Einzelner es erfordern.«

Im Ausschuß für Wirtschaft für Finanzen (AWF) am 16. März gab es anlässlich des Erwerbs des ehemaligen Schulgrundstücks in der Eisenbahnstraße 100 durch die Stadt Eberswalde eine Anfrage zu Grundstücksgeschäften zwischen der Stadt Eberswalde und dem Landkreis Barnim mit insgesamt 6 Teilfragen.

Die Abwicklung des Grundstückdeals mit dem Landkreis zur Eisenbahnstraße 100 erfolgte am 21. Januar im Hauptausschuß in nichtöffentlicher Sitzung (BBP 3/2021). Daher wurde die Anfrage von der Verwaltung zunächst komplett in den nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzung eingeordnet.

Bei der Frage 1 nach dem Grund, warum der Ankauf des Grundstücks nicht in öffentlicher Sitzung behandelt wurde, war das berechtigt. Denn über die Feststellung der Voraussetzungen für eine Nichtöffentlichkeit ist laut Kommunalverfassung nichtöffentlich zu beraten und zu beschließen. Allerdings ging die dann am 16. März in nichtöffentlicher Sitzung gegebene Antwort kaum über den Wortlaut der Kommunalverfassung hinaus. Der einzige Zusatz wurde einem ebenfalls öffentlichen Verwaltungsgrundschreiben des Innenministeriums entnommen: »Regelmäßig kann dies bei Grundstücksgeschäften der Fall sein.«

Solche Rundschreiben ersparen normalerweise die Prüfung im Einzelfall. In diesem Grundstückdeal sind jedoch alle Beteiligten öffentlich-rechtliche Körperschaften, deren Grundstücksgeschäfte letztlich Bestandteil der jeweiligen öffentlichen Haushalte sind. Hier kann auch ohne Rundschreiben »regelmäßig« angenommen werden, daß es sich grundsätzlich um öffentliche Angelegenheiten handelt.

Die anderen 5 Teilfragen wurden schließlich öffentlich behandelt. Lediglich zum Kaufpreis des aktuellen Deals hielt sich der Eberswalder Verwaltungsdezernent Maik Behrendt öffentlich bedeckt. Nachfragen bei der Kreisverwaltung haben ergeben, daß der Landrat das öffentliche Wohl bedroht sieht, sollte der Kaufpreis publik werden. Das ist kaum nachvollziehbar, denn der Kaufpreis unterscheidet sich nur geringfügig von dem 2010 öffentlich genannten (BBP 3/2021). Zumal Haushaltsangelegenheiten auch auf Kreisebene grundsätzlich öffentlich sind.

Übrigens hat sich der Dezernent ausdrücklich bedankt für die Bemühungen, den größten Teil der Anfrage doch noch in den öffentlichen Teil zu holen, was auch vom Ausschußvorsitzenden Volker Passoke (Die Linke) unterstützt wurde.

GERD MARKMANN

Öffentlicher Grundstückshandel

Eberswalde (bbp). Am 21. Januar beschloß der Hauptausschuß der Stadt Eberswalde in nichtöffentlicher Sitzung den Ankauf des Grundstücks Eisenbahnstraße 100 vom Landkreis Barnim. Der sachkundige Einwohner im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen (AWF) Gerd Markmann fragte in der AWF-Sitzung am 16. März nach. Seine erste Frage nach dem Grund, warum das Grundstücksgeschäft nicht in öffentlicher Sitzung beraten wurde, war schließlich Bestandteil der nichtöffentlichen Sitzung. Dies betraf dann auch den Kaufpreis aus Frage 2 (vgl. »Was darf öffentlich sein?«). Im öffentlichen Teil der AWF-Sitzung standen sodann folgende Fragen auf der Tagesordnung, die wir hier einschließlich der Antworten dokumentieren.

1. Die am Standort Eisenbahnstraße 100 seitens der Stadtverwaltung geplanten Investitionen haben einen Umfang von mehreren Millionen Euro, die im aktuellen Haushaltsplan nicht enthalten sind. Aus welchem Grund war dies nicht vor dem Erwerb des Grundstücks Gegenstand der Beratungen im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen?

Der Standort Eisenbahnstraße 100 wird seit einigen Jahren als Hort genutzt. Im Zuge der permanenten Analyse der Kapazitäten und Nutzungszahlen der städtischen Kitaeinrichtungen insgesamt wurde der Erwerb des Grundstückes und der Liegenschaft mit dem Ziel der dauerhaften Nutzung als Hort mehrfach im zuständigen Fachausschuß thematisiert und dargelegt. Aus diesem Grund wurden, entgegen Ihrer Darstellung, die Sanierungsmaßnahmen auch in den Haushalt und die Haushaltsplanungen unter der Maßnahme „Hochbau – Hort ‘Coole Füchse’ in der Eisenbahnstraße 100“ eingebracht und sowohl im Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport also auch im Ausschuß Wirtschaft und Finanzen in der Haushaltsberatung intensiv erörtert.

2. Das Grundstück Eisenbahnstraße 100 wurde im September 2010 zusammen mit zwei anderen Schulgrundstücken in einem Tauschhandel an den Landkreis veräußert. Zur Bewertung wurden 100 % des damals aktuellen Bodenrichtwertes von 120 €/m² zugrundegelegt, da keine Schulnutzung mehr stattfand. Die vorhandene Hortnutzung wurde nicht berücksichtigt. Der Kaufpreis betrug 379.200 €. Zu welchem Preis wurde das Grundstück Eisenbahnstraße 100 jetzt vom Landkreis zurückgekauft?

Diese Information ist Gegenstand eines nichtöffentlich gefaßten Beschlusses im Hauptausschuß und darf daher nicht öffentlich behandelt werden. Eine Beantwortung erfolgt daher im nichtöffentlichen Teil des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen.

3. Seit dem Verkauf des Grundstücks Eisenbahnstraße 100 an den Landkreis Barnim wurde die Liegenschaft mit einer kurzen Unterbrechung um 2015 meist durch die Stadt Eberswalde für ihre Hortangebote genutzt.

Wurden für diese Nutzung der kreiseigenen Liegenschaft Mieten oder Pachten an den Landkreis gezahlt? Wenn ja, in welcher Höhe? Warum ist zur weiteren Nutzung der Liegenschaft nunmehr der käufliche Erwerb notwendig? Wäre hier nicht eine kostenlose Übertragung als Gemeinbedarfsfläche angebracht gewesen?

Die Hortnutzung der Eisenbahnstraße 100 erfolgte auf Basis eines Mietvertrages. Dieser regelte eine Kaltmietzahlung an den Vermieter

in Höhe von 1 Euro/Monat. Der Grundstückseigentümer hat weitreichende Kompetenzen und damit Entscheidungsbefugnisse über ein Grundstück und dessen Bebauung. Auch ist seine Rechtsposition durch Eintragung im Grundbuch gesichert. Dementsprechend ist hier einem Ankauf gegenüber einer Miete der Vorzug zu geben. Eine kostenlose Übertragung als Gemeinbedarfsfläche, etwa in Form einer Schenkung, kommt aufgrund entgegenstehender rechtlicher Vorgaben nicht in Betracht.

Der Mietvertrag bezieht sich nicht auf das gesamte Objekt, sondern nur auf einzelne Räume, z.B. sind die Turnhalle, ein großer Teil des Souterrains sowie weitere Gruppenräume im Obergeschoß sind nicht Bestandteil des Vertrages. Die nicht gemieteten Flächen wurden bislang vom Landkreis als Lager benutzt. Bei Abschluß des Vertrages ist man noch von einem temporären Bedarf an zusätzlichen Hortplätzen ausgegangen. Deshalb wurde der Vertrag auch nur befristet abgeschlossen. Er hat eine Laufzeit vom 01.09.2017 bis zum 31.08.2022. Der Bedarf an dem Objekt besteht nun dauerhaft und in vollem Umfang.

4. Das im Rahmen des 2010er Tauschhandels vom Landkreis Barnim erworbene Grundstück in der Heegermühler Straße 75 wurde damals mit 570.000 € bewertet. Das entspricht einem Quadratmeterpreis von 30 €. Die Kosten für den Abriß des alten Kreishauses in geschätzter Höhe von 350.000 bis 500.000 € wurden von der Stadt getragen. Dem Landkreis erwuchs insofern ein finanzieller Vorteil von etwa einer Million Euro. Wie hoch waren die tatsächlichen Abrißkosten? Inwieweit konnten dafür Fördermittel in Anspruch genommen werden?

Die Abrißkosten betragen inklusive der abschließenden Plausibilitätsprüfung 245.215,18 Euro. Die Maßnahme wurde aus dem Programm Stadiumbau Ost, Teilprogramm Rückführung sozialer Infrastruktur (RSI) gefördert. Die Förderquote in diesem Programm betrug 90 % der förderfähigen Kosten. Letztere wurden in Höhe von 243.826,81 Euro anerkannt, so daß die Stadt Fördermittel i.H.v. 219.444,13 Euro erhalten hat.

5. Im aktuellen Flächennutzungsplan der Stadt Eberswalde wird das Grundstück Heegermühler Straße 75 als Wald ausgewiesen, mit dem Vermerk »Aufwaldung«. Welchen Wert hat das 1,9 Hektar große Grundstück aktuell?

Laut Grundstücksmarktbericht 2019 des Landkreises Barnim ist der Bodenrichtwert für forstwirtschaftliche Flächen mit 0,21 €/qm bis 1,27 €/qm ausgewiesen. (vgl. BBP 3/2021)

Wohnungsmarktexpertise Eberswalde 2035

Eberswalde (bbp). Im Auftrag der Eberswalder Stadtverwaltung wird sich die EMPIRICA AG mit der Frage beschäftigen, wie sich der Wohnungsmarkt in Eberswalde in Zukunft entwickeln könnte. Darüber informierte Baudezernentin Anne Fellner im Februar die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU).

EMPIRICA wird dazu intensiv das Wandlungsgeschehen sowie die aktuelle Marktsituation in den verschiedenen Segmenten analysieren. Kern der Analyse ist die Erstellung dreier Szenarien für die weitere Entwicklung des Wohnungsmarktes. Mithilfe des EMPIRICA-Prognosemodells werden für diese Szenarien die künftige Einwohnerentwicklung und die Wohnungsnachfrage prognostiziert. Die Analyse verschiedener Szenarien ermöglicht eine Abschätzung, wie stark die Entwicklung in Eberswalde von unsicheren Faktoren wie der weiteren Ausstrahlung der Stadt Berlin abhängt. Neben diesen und weiteren Analyseschritten wird der zukünftige Handlungsbedarf identifiziert. Ein besonderes Augenmerk liegt u.a. auf

der Frage der sozialen Wohnraumversorgung. Die Expertise besteht aus fünf Bausteinen. Zunächst werden die drei Entwicklungsszenarien detailliert und der Wohnungsbestand einschließlich des Leerstandes erfaßt. Im dritten Baustein werden die Szenarien quantitativ abgebildet. Wie wird sich die Zahl der Einwohner und die Zahl der Haushalte bis 2035 in den verschiedenen Szenarien entwickeln? Wie wird sich die Wohnungsnachfrage für Geschoßwohnungen und Einfamilienhäusern in den drei Szenarien entwickeln? Im vierten Leistungsbaustein geht es um die Bestandsaufnahme und Bewertung des Wohnungsmarktes mithilfe von Datenanalysen und mehrerer Experteninterviews. Und schließlich werden wohnungspolitische Leitlinien erarbeitet.

Die Wohnungsmarktexpertise wird auf Basis umfangreicher Datengrundlagen und empirischer Erhebungen und in enger Abstimmung mit der Stadt Eberswalde erarbeitet. Ein Zwischenstand der Ergebnisse wird den Stadtverordneten im Frühjahr vorgelegt, die Endergebnisse im Herbst 2021.

Werneuchen braucht Mietpreisbegrenzung

Werneuchen/Bernau (bbp). In den jüngst eingereichten Anträgen der Linksfraktion in der Stadtverordnetenversammlung Werneuchen geht es zum einen um die Erarbeitung eines Mietpreisspiegels in der Stadt. Die Stadtverwaltung soll prüfen, ob mit dem neuen Mietpreispiegel die Kriterien der Mietpreisbegrenzungsverordnung und Kappungsgrenzenverordnung des Landes Brandenburgs erfüllt werden. Ein weiterer Antrag der Linksfraktion

zielt auf die Einbeziehung Werneuchens in diese beiden Verordnungen. Bekanntlich gelten die Bestimmungen dieser Landesverordnungen seit Anfang diesen Jahres unter anderem nicht mehr für Werneuchen und Bernau. Die Linken in Werneuchen fordern eine Resolution an den Landtag, diese Verordnungen zu überarbeiten. Auch Bernaus Bürgermeister André Stahl (Die Linke) hatte sich mit einem Schreiben diesbezüglich an den Landtag gewandt.

Radeln & Reden

CARLA KNIESTEDT, Sprecherin für ländliche Räume, Soziales, Menschen mit Behinderungen, Gesundheit, Integration und Flucht der bündnisgrünen Landtagsfraktion, lädt ab April wieder zu Radtouren ein. Die Touren in der Uckermark, im Barnim und in Oderhavel dauern jeweils vier bis fünf Stunden und beginnen vormittags um 10 Uhr. Zwei längere Pausen sind wichtiger Bestandteil der gemeinsamen Ausflüge: Sie geben den Teilnehmenden die Gelegenheit, bei Kaffee, belegten Broten und in lockerer Atmosphäre Fragen zu stellen, Probleme anzusprechen und untereinander ins Gespräch zu kommen. Alle Radwanderungen sind auch für weniger trainierte Mitfahrer und Kinder geeignet. Auftakt ist am 24. April ein Ausflug in der Schorfheide mit Start in Groß Schönebeck.

Das Format »Radeln & Reden« entstand im vergangenen Sommer. Im September 2020 ging Carla Kniestedt im nördlichen Barnim auf Radtour, um dort, zwischen Althüttendorf und Brodowin, auf fehlende Radwege zwischen touristischen Highlights aufmerksam zu ma-



FOTO: BÜRO KNIESTEDT

chen. Neben dem Fokus auf die Radinfrastruktur war der Ausflug in großen Teilen von Gesprächen geprägt. »Sei es die Landespolitik, die Kommunalpolitik vor Ort oder einfach nur das Leben überhaupt – der Redebedarf unter den Teilnehmenden war enorm«, so Carla Kniestedt. Aus dieser Erfahrung heraus entwickelte sich das Format »Radeln & Reden«.

Die im Frühjahr und Sommer geplanten Touren finden an folgenden Samstagen statt:

24. April: Gemeinde Schorfheide, 29. Mai: Landkreis Oberhavel, 19. Juni: Unteres Oderthal, 21. August: Naturpark Barnim, 11. September: Eberswalde

PATRICK TELLIGMANN

Kreistag Barnim I: Mehr Geld für ÖPNV

Eberswalde (bbp). Der Kreistag hat auf seiner 9. Sitzung am 10. März für die Finanzierung des ÖPNV überplanmäßige Mittel in den Haushalt 2020 eingeordnet. Der bisherige öffentliche Dienstleistungsvertrag mit der Barnimer Busgesellschaft spiegele nicht mehr den tatsächlichen Leistungsumfang wider, heißt es zur Begründung.

Mit den zusätzlichen Mitteln wird die Zunahme beim Schülerverkehr, die Ausweitung des Stadtverkehrs in Eberswalde sowie die verbesserte Anbindung von Finowfurt, Altenhof und Joachimsthal an den Hauptbahnhof Eberswalde gesichert. Die Anpassung wurde auch nötig, weil die Landesregierung nicht bereit ist, mehr Mittel für den ÖPNV bereitzustellen. In der Begründung der Kreisverwaltung zum Antrag heißt es dazu: »Erschwerend kommt hinzu, daß die Mittel des Landes im ÖPNV-Gesetz nicht angepaßt werden.«

Kreistag Barnim II:

»Wir sind nicht zuständig«

Eberswalde/Klandorf (bbp). Mit KURT OPPERMANN und ARNO GIELSDORF wandten sich am 10. März gleich zwei Einwohner des 200-Seelen-Fleckens Klandorf in der Einwohnerfragestunde des Barnimer Kreistages zu Wort.

KURT OPPERMANN informierte die Kreistagsabgeordneten über den überraschenden Beschluß der Schorfheider Gemeindevertretung zum Ausbau der Klandorfer Dorfstraße (BBP 2 und 3/2021). Die Klandorfer Bürgerinitiative für den Erhalt der historischen Dorfstraße hatte sich bei der Kommunalaufsicht beschwert, weil der Klandorfer Ortsbeirat vor der Beschlußfassung nicht angehört worden war. In ihrer Antwort stimmte die Kommunalaufsicht der Kritik zu, wandte aber zugleich ein, daß der gesamte Ortsbeirat befangen gewesen sei und ohnehin darüber nicht hätte beraten dürfen. »Wie kam«, fragte Kurt Oppermann, »so etwas sein? Es muß doch eine Möglichkeit der Anhörung gemäß Kommunalverfassung geben.« Der Landrat DANIEL KURTH erklärte, daß er und auch der zuständige Dezernent den Vorgang nicht kennen. Daher werde die Frage schriftlich beantwortet.

Wie schon sein Mitstreiter verwies auch ARNO GIELSDORF darauf, daß der Ort im Biosphärenreservat liege, das die historischen Pflasterstraßen als erhaltenswert und für geschützt erklärt habe. »Warum versuchen wir nicht mit einfachen Mitteln«, fragte er, »dieses historische Baukulturerbe, die Pflasterstraße mit Sommerweg, zu erhalten?« Schon sein Großvater und Urgroßvater hätten zu ihrer Zeit für den Erhalt der Straße gesorgt. Die Mehrheit der Einwohner sei gegen den Neubau einer breiten Asphaltstraße. »Als Landkreis sind wir nicht zuständig«, antwortete der Landrat. »Das ist eine Aufgabe der Gemeinde. Tut mir leid.«

Leichte Brise

Liebe Leserin, lieber Leser, nun ist der Winter wie vorherzusehen rechtzeitig vorüber. Menschen, Tiere und Pflanzen begrüßen den langersehten Frühling und genießen das schöne Wetter. Zumindest auf den Frühling kann man sich verlassen, wenn auch das große Frühlingsfest ausfällt.

Sie, liebe Leserin und lieber Leser, haben in dem vergangenen Jahr sehr viel geschafft. Sie haben sich angestrengt und Ihr persönliches und gesellschaftliches Leben grundlegend umgestaltet und so die Ausbreitung von Infektionen weitestgehend eingeschränkt. Das war hart und hat eine Menge Kraft gekostet.

Sie haben viel über sich und andere Menschen gelernt, und Ihr körperliches und mentales Immunsystem gestärkt. Manchen haben die Anstrengungen an die Grenzen seiner Belastbarkeit gebracht und auch teilweise überfordert. Besonders die Kinder werden wohl unter den befremdlichen Erfahrungen auch zukünftig leiden.

Gesellschaft und Wirtschaft funktionieren recht passabel. Wissenschaftler bringen in kürzester Zeit hervorragende Erkenntnisse hervor und kleine Firmen produzieren Impfstoffe und Medikamente. Das Licht am Ende des Tunnels ist schon deutlich zu sehen. Wir wünschen Ihnen weiterhin viel Kraft und Gesundheit.

Was unseren aufgeblähten Überbau angeht, sind die Erfahrungen ernüchternd und die Aussichten trübe. Mit Sicherheit kommt es noch schlimmer. Besser ist es, wenn Sie sich auf weitere Enthüllungen vorbereiten. Irgendwer muß ja Schuld sein. Nach einem harten Jahr voller Entbehrungen scheint die wärmende Sonne auf zahllose große und kleinere Misthaufen. Das ungewohnt helle Licht leuchtet gnadenlos den Unrat in jedem noch so kleinen Winkel aus. In schummrigen politischen Räumen ausgebrüteter Stuß zeigt sich allenthalben. Man mag es schon gar nicht mehr hören.

Die repräsentativen politischen Organisationen zeigen beschämend und trotzig ihre Unfähigkeit, irgendetwas zu organisieren. Selbst in den Katakomben und Dunkelkammern der staatlichen Macht hinter den politischen Räumen breitet sich Unruhe und Angst aus.

Es dämmt, wie bisher kann es nicht weiter gehen. Nicht auszudenken, was diese dilettantischen Apparate anrichten, wenn uns die allseits prognostizierten Erdbeben, Wirbelstürme, Sturmfluten und Epidemien heimsuchen würden. Die kleine Frau und der kleine Mann fragen sich allenthalben, warum unzählige Kohorten hochbezahlter Angestellten des Staates an recht übersichtlichen Aufgaben so kläglich scheitern.

Es ist für Jedermann offensichtlich, so kann es nicht bleiben und weitergehen. Aus Erfahrung wissen Sie es ja längst, nach dem Frühlingsfest kommen die Frühlingsstürme, die den Wind der Veränderung mitbringen.

Dr. MANFRED PFAFF

Barnimer Sozialpaß:

Kultur, Sport und Bildung für alle

Die Kreistagsfraktion BVB/Freie Wähler Barnim fordert einen Sozialpaß für den gesamten Landkreis nach dem Vorbild der Kooperation der Städte Bernau und Eberswalde. Dies sah ein Antrag der Fraktion für die Sitzung des Kreistages am 10. März vor.

Mit dem Bernauer und Eberswalder Sozialpaß können die Inhaber bestimmte Freizeitangebote beider Städte vergünstigt nutzen. Durch diese Kooperation wird ein solcher Sozialpaß nicht nur attraktiver, sondern auch dessen Nutzung deutlich besser gefördert.

Die Vorlage von BVB/Freie Wähler sieht vor, einen solchen Sozialpaß für den gesamten Landkreis Barnim anzustreben, der diesen weiter aufwertet und damit den Nutzen für die Bürger deutlich erhöht. Auch können so weitere Einrichtungen des Landkreises vergünstigt zugänglich, weitere Begegnungsmöglichkeiten

geschaffen und der Zugang dazu erleichtert werden. Solch ein kreisweiter Sozialpaß wird auch schon in anderen Landkreisen umgesetzt, in denen damit ein starker Beitrag gegen eine mögliche Ausgrenzung sozial Schwacher geleistet wird.

Wir fordern daher das Prüfen der Möglichkeiten für die Umsetzung eines solchen landkreisweiten Sozialpasses. Im Landkreis Prignitz beispielsweise wird das Prinzip schon erfolgreich praktiziert. Auch der Barnimer Sozialpaß soll den Zugang aller Bürger, egal ob jung oder alt, zu Kultur-, Sport- und Bildungsangeboten erleichtern.

SVEN WELLER und NADINE SCHNITTKKE

Auf Vorschlag der Fraktion Linke/Bauern verwies der Kreistag Barnim den Antrag auf seiner Sitzung am 10. März zur weiteren Beratung in die Ausschüsse.

Hybridsitzungen mit Wolf und Schaf

Die fraktionsübergreifende Beschlußvorlage zu erweiterten Möglichkeiten, die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse durchzuführen, hat eine Mehrheit gefunden. Solange die kommunale Notverordnung gilt, sind nun auch Präsenzsitzungen mit der Zuschaltung einzelner Mitglieder per Video oder Audio (Hybridsitzungen) sowie Video- oder Audiositzungen möglich. Mit dem aktuellen Beschluß wurde hierfür in gemeinsamer Anstrengung der beteiligten Fraktionen und mit rechtlicher Beratung durch den Verwaltungsdezernenten die notwendige Rechtssicherheit geschaffen.

Wir freuen uns, daß es nach dem gescheiterten Versuch im Februar nun auch besser gelungen ist, den im Mai 2020 beschlossenen Livestream der StVV praktisch umzusetzen.

Die zuweilen sehr streng angewendete Nichtöffentlichkeit bei bestimmten Informationen sieht unsere Fraktion kritisch. Wir set-

zen uns regelmäßig dafür ein, daß die Öffentlichkeit wirklich nur in den von der Kommunalverfassung zwingend vorgeschriebenen Ausnahmefällen ausgesperrt wird. Grundstücks- und andere Geschäfte zwischen öffentlichen Körperschaften wie der Stadt Eberswalde und dem Landkreis Barnim gehören nicht zu solchen Ausnahmen. Wir wenden uns hier gegen Intransparenz und mögliche Verdächtigungen, die hierdurch hervorgerufen werden.

Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, daß es in gemeinsamer Aktion unserer Fraktion mit der PARTEI gelungen ist, das neue »Bundeszentrum für Wolf und Weidetiere« nach Eberswalde zu holen. Nach den schlechten Nachrichten zu den Schließungen von »Rothe Erde« und dem Arbeitsgericht ist das endlich mal wieder eine gute Nachricht für DAS Verwaltungszentrum im Nordosten Brandenburgs.

MIRKO WOLFGGRAMM, Fraktionsvorsitzender
Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur

Kreistag Barnim:

Elektronisches Voting-System abgelehnt

Mit Bedauern und Unverständnis hat die Fraktion BVB/Freie Wähler die Ablehnung ihres Antrages auf Einführung eines elektronischen Voting-Systems im Kreistag zur Kenntnis genommen. Ein digitales Melde- und Abstimmssystem sollte den bisherigen Nachzählungen und Unklarheiten abhelfen und zu einer transparenteren Darstellung des Abstimmungsverhaltens der Mandatsträger führen. Nicht ohne Grund wird dieses Verfahren bereits in einigen Landkreisen und Städten (so zum Beispiel auch in Bernau) praktiziert.

Irritierend war, wie SPD und AfD gegen diesen Vorschlag Sturm liefen. So wurde der Mehrwert dieser Maßnahme bezweifelt und

nicht näher bezifferte Kosten ins Feld geführt. Nachdem die Kreisverwaltung dreieinhalb Jahre lang die Einführung des Livestreams verzögert hatte, wurde nun ein neuer rückwärtsge wandter Beschluß gefaßt.

Zu kritisieren ist, daß hierbei auch Kreistagsabgeordnete mit Nein votierten, die in ihren Heimatkommunen gute Erfahrungen mit dem System machen und es gerne nutzen. Durch die Vielzahl von Enthaltungen übertrafen die gebündelten Nein-Stimmen von AfD und SPD bedauerlicherweise die Ja-Stimmen.

Wir werden weiter für eine Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung eintreten.

THOMAS STRESE

380-kV-Freileitung durch die Stadt Eberswalde:

Es gibt auch »Beschleunigungszuschläge«

Eberswalde (bbp). Seit dem Jahreswechsel sind im Bereich zwischen Golzow und Neuenhagen trotz des Fehlens einer rechtsgültigen Planfeststellung auch im Eberswalder Stadtgebiet umfangreiche Holzeinschlagsarbeiten auf der Trasse der geplanten 380-kV-Hochspannungsleitung Bertikow-Neuenhagen (»Uckermarkleitung«) zu beobachten. Im März erreichten die Holzfäller schließlich das unmittelbare Umfeld der Wohngebiete Brandenburgisches Viertel und Finow-Ost. Das macht nun erkennbar, wie nahe die geplante Höchstspannungsfreileitung den Wohnhäusern kommen wird.

Der sachkundige Einwohner im Eberswalder Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen (AWF) GERD MARKMANN nutzte die Ausschußsitzung am 16. März, um von der Stadtverwaltung zu erfragen, ob von dem Holzeinschlag auch Flächen betroffen sind, die sich im Eigentum der Stadt Eberswalde befinden und warum die Stadt als Eigentümerin diesen Holzeinschlag zugelassen hat, obwohl aktuell noch Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluß laufen.

Von dem Holzeinschlag entlang der planfestgestellten Leitungstrasse für die 380-kV-Freileitung Bertikow-Neuenhagen sind auch im Eigentum der Stadt Eberswalde stehende Flächen betroffen, heißt es in der Antwort der Baudezernentin ANNE FELLNER, die dort zunächst einen kurzen Überblick über die bisherigen Bemühungen zur Abwehr oder Änderung des Freileitungsvorhabens von 2009 bis 2020 gibt.

2016 habe das Bundesverwaltungsgericht den damaligen Planfeststellungsbeschluß für rechtswidrig und nicht vollziehbar erklärt, den Beschluß aber nicht aufgehoben, sondern lediglich »heilbare Mängel« festgestellt. Daraufhin wurde ein weiteres Planergänzungsverfahren eingeleitet. Der 2. Planergänzungsbeschluß erging dann am 12.08.2020 und Mitte September wurde Klage dagegen eingereicht (BBP 10/2020).

»Die hiergegen erhobene Klage hat keine auf-schiebende Wirkung«, heißt es in der Antwort (Einzelheiten zum Rechtsschutzersuchen siehe BBP 3/2021). »Der Beschluß ist wirksam und vollziehbar. Der Planfeststellungsbeschluß würde nur unwirksam werden, sofern das Gericht den Beschluß aufhebt. Da bereits im vorangegangenen Gerichtsverfahren durch das Bundesverwaltungs-



Die Abholzungen für die geplante 380-kV-Höchstspannungsleitung haben inzwischen auch die Eberswalder Wohngebiete Finow Ost und Brandenburgisches Viertel erreicht.

gericht keine erheblichen Mängel festgestellt wurden, die eine Aufhebung des Beschlusses gerechtfertigt hätten, ist vorliegend auch in diesem Verfahren nicht mit einer Aufhebungsentscheidung des Gerichts zu rechnen.

Demzufolge ist auch künftig davon auszugehen, daß die Vorhabenträgerin einen Anspruch gegenüber den Grundstückseigentümern hat, die notwendigen Flächen zur Verwirklichung des Vorhabens in Anspruch zu nehmen. Die 380-kV-Leitung ist gemäß dem Bedarfsplan des Energieleitungsausbaugesetzes nicht aufzuhalten.

Für die hier in Rede stehende Freileitung wird die Zulässigkeit einer Enteignung auf der Grundlage des Energiewirtschaftsgesetzes bindend festgestellt. Angesichts der gesetzlichen Bedarfseinstellung für das genannte Vorhaben ist eine Enteignung zum Wohl der Allgemeinheit ohne weiteres zulässig.«

Meßbare Auswirkungen durch die 380-kV-Freileitung für den Wirtschaftsstandort Eberswalde sieht die Dezernentin derzeit nicht. Daneben trete das Interesse der Stadt Eberswalde am Wirtschaftsstandort Eberswalde ohnehin kraft Gesetz gegenüber dem gesetzlich verankerten überragenden öffentlichen Interesse an dem Vorhaben zurück.

Zu den finanziellen Auswirkungen für die Stadt Eberswalde erläutert die Dezernentin: »Für die Inanspruchnahme der Flächen muß die Vorhabenträgerin Entschädigungen leisten. Diese Entschädigungen umfassen die Flurschadenregulierung, den Wertverlust des Grundstücks durch die Überspannung, Entschädigungen für Maststandorte, Entschädigungen für den Wegfall von Garagen und den entgangenen Mieteinnahmen. Daneben kann die Vorhabenträgerin Beschleunigungszuschläge leisten.«

Die Stadt Eberswalde hat sich in der Vergangenheit auch mittels Stadtverordnetenbeschluß mehrfach gegen den Bau der Höchstspannungsfreileitung durch das Stadtgebiet ausgesprochen. Eine weitere Frage lautete daher: »Wie werden diese Beschlußlagen derzeit durch die Stadtverwaltung umgesetzt?«

In ihrer Antwort berichtet Anne Fellner ausführlich über die städtischen Aktivitäten von 2010 bis 2016. Die Stellungnahme der Stadt vom 22.08.2018 (vgl. BBP 3/2021) erwähnt die Dezernentin nicht.

Der sachkundige Einwohner erklärte gegenüber der BBP-Redaktion, daß er inzwischen eine Nachfrage für die AWF-Sitzung am 20. April vorbereite, in der es insbesondere darum gehen soll, welche finanziellen Leistungen gegenüber der Stadt Eberswalde bereits geleistet, zugesagt oder in Aussicht gestellt wurden.

Regionalplan Wind aufgehoben

Die Landtagsfraktion BVB/Free Wähler begrüßt die Aufhebung des Wind-Regionalplans durch das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg. Damit sind mittlerweile 3 von 5 Plänen gerichtlich außer Kraft gesetzt worden.

Wir werben seit geraumer Zeit für einen Stopp des weiteren Windkraftausbaus. Für die zunehmenden Windkraft-Überkapazitäten bestehen auch laut Aussagen der Landesregierung auf absehbare Zeit keine Speicherkapazitäten. Dementsprechend erfolgen häufig Abschaltungen der Windkraftanlagen, die über Schadensersatzregelungen des EEG vom Verbraucher teuer bezahlt werden. Die Folge sind steigende Strompreise, ohne daß dies der Umwelt zugutekommen würde. Ganz im Gegenteil: Die Ausweisung von Waldflächen als Windeignungsgebiete und die immer häufiger

auf tretende Zerstörung von Greifvogelhorsten in zeitlich auffälligem Zusammenhang mit der Antragstellung für Windräder sind eine beunruhigende Entwicklung.

Zugleich braucht es einen kritischen Blick auf die Arbeit der Regionalen Planungsgemeinschaften. Viel zu oft werden die Planungsziele der Landesregierung zum Nachteil der Raumordnung sowie des Landschafts- und Umweltschutzes durchgewinkt. Eine angemessene öffentliche Kontrolle ist selten möglich.

Insbesondere treten wir den Nebelkerzen entgegen, wonach der Sieg vor dem Oberver-

waltungsgericht nun dazu führe, daß überall Windräder errichtet werden könnten. Dies ist abwegig. Vielmehr führt dies dazu, daß ein neues, rechtsstaatliches Verfahren eingeleitet werden muß. Der angeblich unkontrollierte Wildwuchs von Windrädern ist schon emissionschutzrechtlich nicht möglich und wäre nur bei ganz kleinen Windrädern vorstellbar, die aber gar nicht mehr konstruiert werden. Im Übrigen greift ohnehin eine gesetzlich geregelte raumordnerische Veränderungssperre. Die Drohgebärden der Planungsgemeinschaft erweisen sich daher als heiße Luft. Wir fordern eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Neuaufstellung des Planes. Ziel muß es sein, dem Umweltschutz Vorrang zu geben und eine weitere Flächenbeeinträchtigung zu stoppen.

Antirassismustag in Eberswalde: »Wir sind alle Salah!«



Foto: GERO MÄRKWANN

Eberswalde (bbp). Der Internationale Tag gegen Rassismus am 21. März wird seit 1966 weltweit begangen. Die UNO hatte den Antirassismustag damals anlässlich des sechsten Jahrestags des Massakers von Sharpeville in Südafrika ausgerufen. In diesem Jahr gab es in Eberswalde einen besonderen, einen traurigen Anlaß. SALAH TAYYAR, vor acht Jahren in die Bundesrepublik gekommen, weil er für sich Sicherheit erhoffte nach Verfolgung und Folter in seinem Heimatland Tschad und Krieg im Nachbarland Libyen, wohin er nach zweieinhalb Jahren Gefängnishaft geflohen war und für sechs Jahre Zuflucht gefunden hatte, nahm sich am 11. März das Leben.

Die Gruppe »BARNIM FÜR ALLE« hatte am 21. März zu zwei Kundgebungen eingeladen. Die geplante Demonstration vom Bahnhof zur Senftenberger Straße im Brandenburgischen Viertel hatte die Polizei wegen Corona nicht erlaubt, nur »ortsfeste« Kundgebungen.

Um 13 Uhr auf dem Vorplatz des Eberswalder Hauptbahnhofs lauschten mehr als 300 Menschen den Worten von YAHIA MOHAMMED, einem Cousin des Verstorbenen, der in Berlin lebt und die Kundgebung am Bahnhof eröffnen wollte. Doch schon nach wenigen Worten versagte ihm die Stimme – angesichts des Todes von Salah und der teilnehmenden Menge. Er übergab an den nächsten Redner.

MUSTAFA HUSSEIN ist nicht nur traurig, sondern auch richtig wütend. »Wir erleben hier in Eberswalde soviel Rassismus: in der Ausländerbehörde, beim Sozialamt, bei den Ämtern und auf der Straße – jeden Tag!«, rief Mustafa Hussein ins Mikrofon. Er ist politischer Aktivist aus dem Sudan und selbst wie Salah und viele andere Anwesende im Klageverfahren gegen die Ablehnung seines Asylantrags. Wie so viele andere kennt er nur zu gut den Druck, die Ungewißheit und die tägliche Angst wegen der unklaren Perspektive.

Für ihn und die anderen Geflüchteten ist klar, daß dieser Druck, diese Angst Salah in den Suizid getrieben haben. »Wir sind alle Salah!« ist deshalb das Motto der Kampagne. Auf einem Plakat zerstört eine Faust eine sogenannte »Duldung« – die Art von Ausweis, den viele Geflüchtete bekommen und mit dem sie kaum Rechte haben. »Stop Duldung! Stop making fear!« (Stopp der Duldung! Stopp dem Angst machen!) steht darauf. Noch wütender und enttäuschter ist AHMED RAHAMA, ebenfalls aus dem Sudan. Er sagt in seiner Rede: »Fuck Asylsystem! Die Lage ist für mich einfach eskaliert. Ich habe keine Hoffnung mehr, in Deutschland zu leben. Fuck Ausländerbehörde! Fuck struktureller Rassismus in Deutschland!«.

FIONA KISOSO aus Kenia beginnt ihre Rede mit ruhigen Worten: »Normalerweise habe ich viel Power, wenn ich eine Rede halte. Diesmal fehlt mir die Energie, es hat mich zu traurig gemacht. Ich brauche die Energie von euch!« Sie animiert die Menge zu Sprechchören und plötzlich scheint doch sehr viel Energie von ihr selbst zu kommen. Sie sagt: »Wir wollen nur Chancengleichheit. Wir wollen eine Chance, uns zu integrieren, zu arbeiten, zur Schule zu gehen, ohne von den Behörden schikaniert und gestreift zu werden.«

AZIZA AL SHARWI fragt: »Wieviele Salahs brauchen wir, um die ungerechten Gesetze zu ändern?« Viele schwarze Aktivistinnen und Aktivistinnen haben etwas zu sagen. Der Tod von Salah berührt viele. Einige sind aus Potsdam, Berlin oder Brandenburg/Havel angereist.

Der für 15 Uhr angesetzte Beginn der zweiten Kundgebung des Tages in der Senftenberger Straße, wo sich Salah Tayyar in den Tod stürzte, verzögerte sich, weil die Kundgebung am Bahnhof länger dauerte als geplant. Rund 150 Menschen versammelten sich schließlich vor dem Haus des Verstorbenen im Brandenburgischen Viertel. Zunächst bat der Cousin des Toten die anwesenden muslimischen Gläubigen nach vorn zum Gebet. Nach einem darauf folgenden Moment der Stille geht SALAH BECHIR, ein Freund von Salah Tayyar, ans Mikrofon, um aus dessen Leben zu erzählen. »Salah hatte einen Traum, mit dem er nach Deutschland kam. Sein Traum war es, für seine Familie sorgen zu können. Er hatte zwei Kinder und eine Frau im Tschad, die er seit vielen Jahren nicht sehen konnte. Er floh vor dem Militärgefängnis aus dem Tschad nach Libyen. Libyen mußte er wegen des Krieges verlassen.« Er beschreibt ihn: »Salah war ein stiller, bescheidener Mensch, freundlich und immer sehr hilfsbereit.« ERIC von Welcome United, der aus Brandenburg/Havel anreiste, erklärt: »Wir alle kommen mit Träumen hierher. Unser Traum ist, hier ein normales Leben zu führen. Unser Traum ist, in Freiheit zu leben.«

»Wir kannten unseren Bruder seit er in Eberswalde ist«, erzählt ein Palanca-Mitglied. »Er war für uns ein Freund, immer hilfsbereit. Unser Beileid gilt vor allem seiner Familie im Tschad, seinen beiden Kindern, seiner Frau, seiner Mutter, die noch lebt, und seinen beiden Brüdern.«

Ein weiterer Redner appellierte an die afrikanische Community und die Flüchtlinge allgemein, sie sollten ihre gegenseitigen Vorbehalte und Zwistigkeiten beiseite legen und gemeinsam dieses System bekämpfen, das Menschen wie Salah in den Selbstmord treibt.

Die Gruppe »BARNIM FÜR ALLE« kündigte zum Abschluß eine weitere Kundgebung an einem Dienstag in den nächsten Wochen vor der Barnimer Ausländerbehörde an.

(unter Verwendung der Pressemitteilung der Initiative »Barnim für alle« vom 21. März 2021)

Bürgerstiftung Barnim Uckermark: »Nach Regeln und Gesetzen«

Die Vorsitzende der Bürgerstiftung Barnim Uckermark MARIETA BÖTTGER, sie war lange Jahre als Ausländerbeauftragte des Landkreises Barnim engagiert (und immer wieder an Grenzen stoßend) für das Wohl von Asylbewerbern und Flüchtlingen tätig, hat erklärt, daß sie an den Kundgebungen nicht teilnehmen wird. Nachfolgend legt sie ihre Gründe dar:

Am Sonntag ist Antirassismustag. Er ist Anlaß, darüber nachzudenken, wie man Haltung bezieht gegenüber Menschen, die andere wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe herabwürdigen und sie ausgrenzen. Dabei muß es auch um strukturellen Rassismus gehen und um die kritische Betrachtung der Asylpolitik der Bundesregierung. Salah Tayyar, ein Flüchtling aus dem Tschad, ist daran verzweifelt und sah wahrscheinlich keinen anderen Ausweg mehr, als sich das Leben zu nehmen.

Ein Gedenken hätten wir deshalb gerne unterstützt, wenn da nicht dieser Aufruf von »Barnim für Alle« wäre, der dieses traurige Ereignis so darstellt, als wenn wir in einem rassistischen Regime leben würden, daß die Geflüchteten in den Tod treibt.

Nein, wir leben in einem Rechtsstaat, der nach Regeln und Gesetzen arbeitet. Viele von uns haben diese Regelungen als falsch empfunden und sich in den letzten Jahrzehnten intensiv für Veränderungen eingesetzt. Wir haben gemeinsam Besserungen bewirkt, zugegeben nicht alles konnte erreicht werden. Die Länge des Verfahrens, in diesem Fall sind es 8 Jahre, ist natürlich zu hinterfragen. Durch die Altfallregelung konnten aber viele Geflüchtete einen Aufenthalt erhalten. Wenn dagegen zu schnell entschieden wird, entsteht der Eindruck, daß nicht gründlich geprüft wurde.

Alles in allem ist es ein Verwaltungsvorgang, der dem einzelnen Menschen mit seiner oft dramatischen Vorgeschichte und Flucht, seinen Träumen von einem besseren Leben, seinen Ängsten oft nicht gerecht werden kann. Wir leben aber nicht unter einem rassi-

Fortsetzung auf Seite 9

Trauer um Salah oder:

Armut ist die größte Plage

Seuchen und Pandemien begleiten die Menschen schon seit uralten Zeiten. Die meist Betroffenen waren Alte sowie junge Leute der ärmeren Schichten, die den Dreck der Reichen, besitzenden Klasse ausbaden und ihr Leben dafür verloren. So ist es auch heutzutage noch. Nur haben sich die gesellschaftlichen Verhältnisse geändert. Und auch die Krankheitserreger. Sie wurden, wie der Befallene selbst, schwerer erkennbar und als unbekannte Viren schwierig zu bekämpfen. Aber, so wird mancher fragen, was hat das mit der Trauer um Salah zu tun? Ziemlich einfach: Nichts! Oder doch?

Salah starb keines natürlichen Todes.

Salah gehörte zur Klasse der Besitzlosen.

Salah war ein Asylbewerber.

Sein Tod ist einer von zwei Menschen mit dunkler Hautfarbe, die im Abstand von 30 Jahren hier in Eberswalde auf unatürliche Weise ihr Leben verloren. In beiden Fällen spielte Rassismus eine ausschlaggebende Rolle.

Fortsetzung von Seite 8

stischen Regime, und keine Behörde in diesem Land verfolgt Geflüchtete so lange, bis sie sich selbst das Leben nehmen. In den letzten Jahren hat sich das Beratungsangebot für Geflüchtete im Barnim deutlich verbessert.

Gleichzeitig ist es aber schwierig, suicidal Gefährdete zu erreichen. Natürlich ist es traurig, daß sich ein Mensch in Eberswalde das Leben nimmt, weil er keinen Ausweg gesehen hat. Die Corona Situation hat seine Probleme sicher verstärkt, und wahrscheinlich hätte er professionelle Gesprächspartner in seiner Muttersprache gebraucht.

Als Bürgerstiftung Barnim Uckermark versuchen wir mit unseren Angeboten, Einsamkeit zu begegnen und Netzwerke für Geflüchtete zu stricken und treten gegen rassistische Ressentiments ein. Wir sind mit geflüchteten / zugewanderten Menschen solidarisch und ermöglichen der Gesellschaft, solidarisch zu sein.

MARIETA BÖTTGER, Vorsitzende der Bürgerstiftung Barnim Uckermark

Zur Kritik eines Gründungsstifters, die Vorsitzende habe mit ihrer öffentlichen Erklärung namens der Bürgerstiftung zur Entsolidarisierung mit den Geflüchteten im allgemeinen und dem Gestorbenen im besonderen aufgerufen, antwortete der Geschäftsführer der Stiftung KAI JAHNS: »Zusammengefaßt wird der lokalen Verwaltung (in dem Demo-Aufruf der Gruppe BARNIM FÜR ALLE – bbp) also unterstellt, als Teil eines rassistischen Systems einen Menschen in den Tod getrieben zu haben, (was zudem nicht vergeben wird). Dieser Darstellung wird von Marieta Böttger widersprochen. Gleichzeitig wird ganz klar eine gelebte Solidarisierung mit Zugewanderten durch die Bürgerstiftung erklärt, die auf breiten Schultern steht (Flüchtlingsfonds Barnim Uckermark) und wirklich praktiziert wird. Der Vorstand der Bürgerstiftung Barnim Uckermark sieht darin nichts, was er nicht als Haltung seiner Vorsitzenden billigen würde.«

Deshalb versammelten sich am 21. März, wenige Tage nach Bekanntwerden des Suizids durch Sprung aus der 6. Etage seines Wohnhauses im Brandenburgischen Viertel, 300 aufgebraute junge und ältere Bürger auf dem Bahnhofsvorplatz der Stadt, darunter viele Geflüchtete aus verschiedenen Ländern und verschiedener Hautfarbe, um auf die Ursachen des Geschehens hinzuweisen. Dabei kam auch der brutale Totschlag von 1990 zur Sprache, als Amadeu Antonio durch einen rassistisch aufgeputschten Mob zum Opfer fiel. Unter den Augen von Polizeiern auf offener Straße vor der damals noch existierenden Chemischen Fabrik im Ortsteil Finow.

Worin besteht der Zusammenhang der beiden so unterschiedlichen traurigen Ereignisse?

Sehen wir dazu auf die Geschichte dieser Stadt Eberswalde: Gelegen in der Mark (jetzt Land) Brandenburg, im Osten der BRD (ehemals DDR) war sie auf einem Gebiet Deutschlands gewachsen, das bis zum Ende des 2. Weltkriegs vom Junkertum im Gemisch mit aufstrebendem Bürgertum beherrscht wurde. In mehr als drei revolutionären Erhebungen in den vergangenen 200 Jahren (1848, 1905, 1918/19) und zwei durch Deutschland vom Zaun gebrochenen, verloren gegangenen Weltkriegen, hat Deutschland es nicht vermocht, das unbrauchbare militaristisch verbrämte, kapitalistische Joch abzuwerfen und endgültig zu überwinden. Erst mit dem Sieg der Alliierten, insbesondere der Roten Armee der Sowjetunion, über den Hitlerfaschismus war 1945 mit dem Potsdamer Abkommen die Chance für ein friedliches weltoffenes Land geschaffen worden.

Doch es kann nicht sein, was nicht sein darf! Die faschistische Wehrmacht wurde besiegt. Aber es fanden sich viele Schlupflöcher, wo sich alte erkonservative Kräfte unter dem Schirm einiger Siegermächte (USA, GB) wieder einrichten konnten, um über eine Revanche nachzudenken.

Nur auf einem kleinen Gebiet Deutschlands, der DDR, konnten, wiederum mit Hilfe der Sowjetunion, die Wurzeln des alten Systems ausgerottet werden. Völkerfreundschaft und Solidarität mit allen um die Befreiung vom Kapitalismus und Kolonialismus ringenden Völkern waren die Grundprinzipien des neuen Deutschlands auf dem Territorium des Staates DDR. Das war ein Dorn im Auge des sich rasant entwickelnden Kapitals der westlichen Welt. Politische Fehler begünstigten den Sieg einer Konterrevolution, die mit der Abschaf-



Foto: GERO MARRIANN

fung der DDR ihr Ende fand. »Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch«, sagte einst Berthold Brecht in einem seiner Gedichte.

In den 45 Jahren seit Kriegsende hatten konservative Kräfte den Tag X zur Einverleibung der DDR in die hochgepäppelte BRD mit Kommandostäben in NATO und EU auf das Kleinste vorbereitet. Die inzwischen eingetretene Globalisierung des Imperialismus ist die neue Basis für die Emsigkeit der Nachkommen der alten Junker im Land Brandenburg.

Die DDR mit ihren 17 Millionen Einwohnern und mit ihrer konsequenten Friedenspolitik hat nicht wenig dazu beigetragen, daß 45 Jahre kein Krieg von deutschem Boden ausging. Damit war es nach 1990 schnell vorbei. Kaiser-Wilhelm II.-Nachfolger und Co. feiern frohe Urstände, fordern frech zurück, was ihnen schon früher nicht gehörte und schicken uns jene ausgepowerten Leute zur Aufbewahrung in »Lager« ins Land, die von ihnen seit ewiger Zeit nur als Ausbeutungsobjekte, aber nicht als gleichwertige Menschen betrachtet oder behandelt wurden. Das ist die Ursache für den hinterhältigen Rassismus, gegen den wir uns mit allen Kräften gemeinsam mit den Freunden und Bekannten von Salah und Amadeu zusammentun und wehren müssen.

Ob einer von Nazis brutal erschlagen wird oder vor entsetzlicher Angst drohender Abschiebung aus dem Fenster springt, bleibt vom Motiv her das Gleiche: Rassismus.

Wir haben in 40 Jahren DDR und nach 30 Jahren BRD mehr Erfahrung gesammelt als die eingekauften, das System erhalten wollenden Neureichen es uns einbläuen wollen. Denn ihr Reichtum wächst auf Unwissenheit der Unterdrückten, Rassismus, Ausbeutung und Krieg.

Unsere Erfahrung um Freundschaft und Solidarität, die nicht mitbarer Münze zu bezahlen ist, ist aus humanitären heren Gedanken gewachsen. Allerdings: Mit schönen Worten und politischer Gefühlsduselei ist das Gefecht um einen Systemwechsel nicht zu gewinnen.

Es hilft nur, das ist mein Fazit eines langen Lebens, das solidarische Zusammenwirken aller an einem echten Frieden auf der Erde kämpfenden Menschen, gleich welcher Hautfarbe und welchen Glaubens, über alle Grenzen hinweg, um der machthungrigen, kriegslüsternden, natur- und menschenfeindlichen Clique durch einen Systemwechsel die Zügel aus der Hand zu reißen, **bevor es zu spät ist!**

Ganzheitliche Ernährung (6)

Ein weiterer wichtiger Baustein für unseren menschlichen Körper ist Fett. Fette zeichnen sich durch eine sehr hohe *Energiedichte* aus. Die Energiedichte gibt den Energiegehalt eines Lebensmittels in Kilojoule (kJ) oder Kilokalorien (kcal) an. Während dieser bei Kohlenhydrat und Eiweiß jeweils 4 kcal pro Gramm beträgt, liegen Fette bei 9 kcal pro Gramm.

Diese Energiedichte von Fett hat jahrzehntelang dazu geführt, daß Fett einen schlechten Ruf hatte. Wollte eine Person abnehmen, wurde immer versucht, Fett zu reduzieren. So entstanden viele fettreduzierte Lebensmittel, oft als »light« gekennzeichnet. In den letzten Jahren wurde allerdings der Wert der Fette für unseren Körper neu entdeckt. Fett ist ein essentieller Nährstoff, muß also zwingend mit der Nahrung zugeführt werden.

Fette werden benötigt als Zellbausteine, sie sind die wichtigste Energiereserve im Körper und sie liefern essentielle Fettsäuren wie Linolensäure, alpha-Linolensäure (ALA), Omega-3-Fettsäuren oder Omega-6-Fettsäuren. Fett reguliert unsere Körpertemperatur. Fett ist ein guter Sattmacher und verringert so den Hunger. Je schneller wir satt sind, umso weniger Gesamtkalorien müssen zugeführt werden.

Was wir essen, wirkt sich unmittelbar auf unseren ganzen Körper aus, denn alles was wir essen, landet in unseren Zellen. Zellen sind die kleinsten Einheiten unseres Körpers. Unsere Nahrung beeinflusst unmittelbar unsere Darmflora, unser Immunsystem, den Stoffwechsel und auch den Hormonkreislauf.

Darum ist es wichtig, die *richtigen* Fette zu sich zu nehmen, nur so können wir unseren Körper hegen und pflegen. Besonders wichtig ist die *Qualität* der Fette. Die *gesättigten Fettsäuren* wie sie in Butter oder Butterschmalz oder auch in Kokosfett vorkommen, dienen als schnelle Energiequelle. Dick machen diese nur, wenn davon zu viel verzehrt oder das Fett in Kombination mit Kohlenhydraten verzehrt wird. *Einfach ungesättigte Fettsäuren* wirken sich sehr günstig auf das Herz-Kreislauf-System aus. Deshalb empfehlen viele Herzspezialisten die sogenannte mediterrane Ernährung, also reichlich Gemüse und Fisch und Olivenöl. Zu den *mehrfach ungesättigten Fettsäuren* gehören die Omega-3-Fettsäuren und die Omega-6-Fettsäuren. Hier kommt es vor allem auf das Verhältnis an: Empfohlen wird, fünfmal mehr Omega-6-Fettsäuren zu sich zu nehmen als Omega-3-Fettsäuren. Viele Menschen liegen allerdings bei 10:1 und höher, das heißt, wir nehmen zu wenig Omega-3 zu uns. Omega-3-Fettsäuren finden sich in Fisch (z.B. Hering, Lachs, Makrele, Rotbarsch, Thunfisch, Sprotte, Heilbutt), aber auch in Leinöl, Leinsamen, Chiasamen, Walnüssen, Sojabohnen, Grünkohl und Avocado. Eine gute Balance der beiden Omega-Fettsäuren wirkt sich günstig auf unsere Gesundheit aus. Ich wünsche Ihnen einen guten Appetit mit guten Fetten!

FALK HINNEBERG, www.hinneberg.info

Tag der gesunden Ernährung:

Therapie und Prävention

Seit 1998 veranstaltet der Verband für Ernährung und Diätetik e.V. jährlich am 7. März den »Tag der gesunden Ernährung«. Ziel des Aktionstages ist es, auf die Bedeutung von richtiger Ernährung aufmerksam zu machen und diese langfristig in den Alltag der Menschen zu integrieren.

In diesem Jahr stand der Tag unter dem Motto »Diabetes mellitus«, eine Stoffwechselerkrankung, die zu erhöhtem Blutzuckerspiegel führt und schwerwiegende gesundheitliche Folgen nach sich ziehen kann.

Die Zusammenhänge zwischen der Art der Ernährung und beispielsweise der Vorbeugung im Zuge dementieller Erkrankungen ist nachgewiesen. Nicht nur bei Darm- oder Magen-Problemen kann man mit der richtigen Ernährung vor Krankheiten schützen, mit den richtigen Lebensmitteln kann man auch Diabetes-Erkrankungen begegnen.

In der Alloheim Senioren-Residenz »Haus am Werbellinsee« machen wir jeden Tag zum »Tag der gesunden Ernährung«. Unsere Bewohner werden zu jeder Mahlzeit mit ausgewogenen, gesunden und schmackhaften Gerichten verwöhnt. Bei etwaigen Krankheiten oder anderweitigen Problemen wird die Ernährung für

jeden einzelnen individuell angepaßt. Um beispielsweise eine Wundheilung nach einer Operation zu unterstützen, wird vermehrt auf milcheiweißhaltige Lebensmittel gesetzt. Während der Grippe- und Erkältungszeit sorgt ein reichhaltiges Obstangebot mit frischen Zitrusfrüchten ergänzend für genug Vitamin C. Bereits zum Frühstück wird frisches Obst verschiedener Sorten verteilt. Und in Aktivierungsgruppen stellen die Bewohner selbst Obstsalate oder frische Smoothies her.

Natürlich darf bei einer gesunden Ernährung die Freude am Essen nicht verloren gehen. Unser Anspruch an uns selbst ist, daß alle Mahlzeiten unseren Bewohnern schmecken. Durch eine sorgsame Zubereitung ausgewählter Zutaten von hoher Qualität erreicht man den Genuß beim Essen, der auch bei einer gesunden Ernährung nicht auf der Strecke bleiben darf.

SAMUEL WIEDEBUSCH

Aussichten »mehr als brilliant«

In Altenhof sind noch Pflege-Ausbildungsplätze frei

Altenhof (bbp). Eine gute Nachricht für alle Schulabgänger, die für 2021 noch einen Ausbildungsplatz suchen hat die Alloheim Senioren-Residenz »Haus am Werbellinsee« parat. Die Pflegeeinrichtung in Altenhof bietet in diesem Jahr zusätzliche Ausbildungsplätze in der Pflege an. Jungen Leuten biete sich damit die Chance, Karriere in einem »äußerst krisensicheren Beruf« machen zu können.

»Teamplayer, die Freude am Umgang mit Menschen haben und die an ihrer Zukunft arbeiten möchten, sind in der Pflegebranche genau richtig und können noch in diesem Jahr bei uns ihre Ausbildung beginnen«, sagt Samuel Wiedebusch, Einrichtungsleiter im »Haus am Werbellinsee«. Wie Wiedebusch unterstreicht, sind die beruflichen Perspektiven bei einer abgeschlossenen Pflegeausbildung »mehr als brilliant«. Zudem werde die Ausbildung sehr gut bezahlt.

Auch langfristig seien Pflegefachkräfte sehr gefragt. »Mittlerweile bewerben sich auch viele Quereinsteiger aus anderen Berufszweigen, berichtet Samuel Wiedebusch, »die planbare, dauerhafte Sicherheit, die unsere Berufsbilder bieten, steht bei vielen an oberster Stelle. Sogar dann, wenn man sich in einem höheren Alter für einen Berufswechsel entscheidet und in die Gesundheitsbranche einsteigen möchte. In diesem Jahr haben wir sogar zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen.« Wer sich nun sozusagen, auf den letzten Drücker dazu entschließt, eine Ausbildung in einem pflegerischen Beruf machen zu wollen, sollte sich jetzt noch bewerben. Auch ein Prak-

tikum, in dem man einmal in den Beruf hineinschnuppern kann, ist für Interessierte möglich.

In der Alloheim Senioren-Residenz bekommt jeder Lernende einen Mentor an die Seite gestellt. »Das ist jemand aus unserem Team mit sehr viel Berufserfahrung, der sich der Fragen der Azubis annimmt, viele Tips gibt und ihnen immer zur Seite steht«, sagt Samuel Wiedebusch. »Jede Woche bieten wir Fachunterricht an, in dem schulische Dinge aufgearbeitet werden und man sich im Team auf seine Prüfung vorbereitet.«

Auch um die perspektivische Karriere-Entwicklung nach der Ausbildung kümmere sich die Einrichtungsleitung rechtzeitig: Schon sehr früh werde im Rahmen eines Karrierewochenendes mit den Auszubildenden über Weiterbildungsmaßnahmen gesprochen. »Das gestalten wir sehr individuell. Bislang haben wir noch für jeden den richtigen Job in unserem Unternehmen nach der Ausbildung gefunden.«

Kontakt: Alloheim Senioren-Residenz, Krumme Straße 5, 16244 Schorfheide, OT Altenhof.

Wer plötzlich mit dem Thema »Pflegebedürftigkeit« konfrontiert ist, ist nicht selten erst einmal überfordert. Durch die Corona-bedingten Schutz- und Hygienemaßnahmen gehen viele Möglichkeiten für eine persönliche Beratung verloren. Um schnell und unbürokratisch zu helfen, bietet die Alloheim Senioren-Residenz »Haus am Werbellinsee« in Altenhof nun eine Pflegehotline mit kostenloser Beratung an: **Pflegehotline: 033363/5231051**, Mi 10-14 Uhr oder per eMail werbellinsee@alloheim.de

Zum 50. Internationalen Tag des Waldes:

Schonzeit für den Stadtwald

»Die derzeitige angespannte Situation in den Wäldern bestimmt auch das aktuelle Handeln im Stadtwald Eberswalde«, sagt Baudezernentin Anne Fellner. Der Stadtwald liegt rund um das Stadtgebiet verteilt.

Die Wälder weisen eine sehr unterschiedliche Artenzusammensetzung auf: von den Buchen- und Eichenwäldern in der Oberheide und Südend über Erlen- und Birkenbruchwäldern wie in den »Höllern« zu teilweise einschichtigen Kiefernbeständen rund um Britz. In allen Wäldern sterben, auch je nach Vorgesichte der Waldflächen, in unterschiedlichem Maße Bäume ab. Die extrem heißen Sommer, der geringe Niederschlag, die milden Winter – das alles sind Bedingungen, die die Bäume und Pflanzen des Waldes schwächen und sie als Folge anfällig machen für schädigende Insekten und Pilze.

»Bisher sind wir noch mit einem blauen Auge davongekommen«, so Stadtförster Florian Manns, »da bisher keine ganzen Waldbestände absterben wie in anderen Regionen Deutschlands und in angrenzenden Nachbarländern. Einzig die relativ kleinflächig verteilten Fichtenbestände sind nicht mehr zu halten.«

Die Schäden, welche die vergangenen trockenen und heißen Sommer ausgelöst haben, werden jedoch überwiegend erst mit Beginn der Vegetationsperiode und im Frühsommer sichtbar werden. Bäume, die im Herbst noch vital ausgesehen haben, können nun im Frühjahr einen ganz anderen Eindruck machen. Entstehen durch das Zusammenbrechen von absterbenden Eichen oder Buchen größere Löcher in einem Bestand, so können die Sonnenstrahlen nun tiefer in den Wald dringen. Hieraus können wiederum Schäden wie Sonnenbrand an noch vitalen Buchenstämmen entstehen und die Verdunstung insgesamt im Wald nimmt zu. Größere Blüten können auch die spätblühende Traubenkirsche massiv fördern. Die Traubenkirsche, ursprünglich eingeführt zum Schutz vor der Ausbreitung von Waldbränden, verdrängt einheimische Arten und schränkt die Artenzusammensetzung durch ihr invasives Wachstum erheblich ein.

»Die größte Herausforderung liegt derzeit daher darin zu entscheiden, welche Bäume tatsächlich entnommen werden müssen«, so Manns. »Im Vordergrund bei dieser Abwägung steht der Erhalt der Bestandsstabilität zur Sicherung der Schutz- und Erholungsfunktion. Aber die notwendige Verkehrssicherung im Bereich von angrenzender Bebauung, Wegen und Straßen kann zu Fällungen zwingen.«

So wurden beispielsweise in der Nordendpromenade aufgrund der Trockenheit in Verbindung mit Pilzbefall absterbende Kiefern entnommen. Ziel ist es, die Verkehrssicherung zu gewährleisten sowie die Wasserverfügbarkeit für die nachwachsenden Laubbäume zu erhöhen und gezielt junge Bäume in ihrer Vitalität zu fördern. In dieser stark gestressten Waldfläche stehen die Bedeutung als Schall-

und Emissionsschutzwald und der ästhetische Wert im Vordergrund.

»Den Stellenwert der Ökosystemleistungen, die der Stadtwald insbesondere im Bereich der Schutz- und Erholungsfunktion bereit stellt, kann man nicht hoch genug bewerten«, sagt Baudezernentin Anne Fellner. Der Wald hat auch in Zeiten der Corona Pandemie immer »geöffnet« und die Abkühlung des aufgeheizten Stadtklimas oder die Wasserspeicherung wird in Zeiten des Klimawandels immer wichtiger. »Wir wollen als Ziel unserer Waldbewirtschaftung die 'grüne Null' verfolgen, nicht die 'schwarze Null'«, sagt Anne Fellner. Als Beitrag hierzu werden beispielsweise in diesem Jahr nur Bäume gefällt, bei denen es absolut notwendig ist. Damit sollen die Waldbestände eine Verschnaufpause erhalten.

Auch die Einstellung von Herrn Martin Quellmann-Cerny als Baumkontrolleur war ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Ziel ist es, in der Verkehrssicherung nicht nur zu reagieren, sondern möglichst vorausschauend die Bestände in Verkehrssicherungsbereichen so zu gestalten, daß stabile Einzelbäume heranwachsen können. Solche Bäume sind nicht nur stabiler und vitaler, sie bieten auch mehr Habitate für Tiere und haben oft einen hohen ästhetischen Wert.

»Ein Beispiel für die Herausforderungen, aber auch die positiven Aspekte, sind die Biber im Stadtwald in und um Eberswalde«, sagt Stadtförster Florian Manns. Gerade im Bereich der Verkehrssicherung stellt der Biber durch seine unvorhersehbaren Aktivitäten den Förster und sein Team hin und wieder vor Schwierigkeiten. »Der tierische Wasserbauer leistet aber auch sehr wichtige Arbeit zur Schaffung neuer ökologisch wertvoller Lebensräume und zur Haltung des Wassers in der Landschaft. In der Stadtseerinne und den angrenzenden Waldflächen kann sich der Biber frei entfalten und von der Anhebung des Grundwasserspiegels profitieren langfristig die Bäume im Umland wie auch wir Menschen.«

ANNE FELLNER und FLORIAN MANNS



Wald im Dauerstreß

Der Landkreis Barnim ist mit rund 68.000 Hektar Waldfläche (46% der Gesamtfläche) einer der walddreichsten Landkreise Brandenburgs. Besonders prägend sind die großen Waldungen der Schorfheide, der Choriner Endmoräne und des nördlichen Barnimplateaus. Neben den ausgedehnten Kiefernbeständen westlich des Werbellinsees gibt es um Chorin, Eberswalde und Wandlitz auch sehr viel Laubholz, besonders die Rotbuche.

Doch auch der Wald im Barnim steht seit mehreren Jahren unter Dauerstreß. Das ist die Folge von drei Hitze- und Trockenjahren hintereinander seit 2018. Zudem lassen die milden Winter den Bäumen keine Ruhephase und die Vegetationsperiode verlängert sich ständig. Der Wald, der eigentlich ein Langstreckenläufer ist, muß nun dauernd sprinten. Das führt zu Erschöpfungszuständen, die sich in vorzeitigem Laubfall und verringerter Widerstandsfähigkeit gegenüber Schadorganismen äußern. Jeder Waldbesucherin und jedem Waldbesucher wurde dies offenkundig.

Wir begingen am 21. März den 50. Internationalen Tag des Waldes. Wie vor 50 Jahren, als die ersten Schäden durch Luftschadstoffe im Wald deutlich wurden und man entsprechende Maßnahmen dagegen einleitete, brauchen wir auch jetzt Hilfe für unseren Wald.

Benötigt werden mehr Ressourcen für die Forschung. Besonders die Fragen nach alternativen Baum- und Verjüngungsarten unter den Bedingungen des Klimawandels müssen beantwortet werden. Aber auch die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer, ob privat, kommunal, Land oder Bund, müssen für ihre zusätzlichen Leistungen zur Gewährleistung eines funktionierenden Ökosystems Wald finanziell entlastet werden. Dafür eignen sich insbesondere die Einnahmen aus der CO₂-Abgabe. Aber auch die Gesellschaft sollte bereit sein, ihren Anteil für den Walderhalt zu leisten.

Für den Barnim heißt das konkret, die Förderung des Waldumbaus, besonders der labilen Kiefernreinbestände, zu verstärken. Die Waldforschung am Standort Eberswalde, die deutschlandweit einen guten Ruf genießt, sollte weiter ausgebaut werden.

Als Bündnis 90/Die Grünen Barnim wollen wir, daß sich die Barnimerinnen und Barnimer sowie unsere Gäste noch lange am hiesigen Wald erfreuen können und er den wunderbaren, nachwachsenden Rohstoff Holz liefert. Dieser sollte, soweit möglich, nicht verbrannt, sondern im Holzbau verwendet werden.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

Den Stürmen im Herbst 2017 folgten drei heiße Sommer und insgesamt trockene Jahre. Zur Erholung brauchen die Waldbestände daher Schonung. Im Eberswalder Stadtwald findet das Berücksichtigung.

Diese Phase, beginnend 1982, sich verschärfend 1989, zeigt eine andere qualitative Form der Herrschaftsausübung des Monopolkapitals an. Und nach 1989 hat sich die Rolle und die Herrschaftsausübung des deutschen Imperialismus erheblich verändert. Es geht ihm vermöge der EU um eine Weltmachtstellung in Kooperation und Konkurrenz mit den USA, in Kooperation und Konkurrenz mit Frankreich und Großbritannien.

Diese Veränderungen sind qualitativer Natur, aber gleichzeitig kein Übergang zum Faschismus. Der bleibt eine Alternative, ist derzeit für den deutschen Imperialismus aber weder nötig noch gewollt. Daher die Bezeichnung »reaktionärer Staatsumbau« für die genannten Veränderungen.

Wie äußert sich dies alles aktuell? Beginnen wir mit den internationalen Ambitionen des deutschen Imperialismus. Wie jeder Imperialismus duldet auch der deutsche keinen Widerspruch, gar Widerstand gegen seine Herrschaftsabsichten. Das bekommen Länder wie Syrien, Libyen oder der Iran spüren. Wer nicht mitspielen will, hat mit Regime-Change, Intervention oder wenigstens Embargo zu rechnen. Schlimmer noch sind Konkurrenten, die ein ernsthaftes ökonomisches, politisches und militärisches Gewicht in die Waagschale werfen. Etwa die Russische Föderation, die sich nach der Ablösung von Boris Jelzin nicht mehr den Maßgaben des Westens unterwerfen möchte. Vor allem aber die VR China, die mit ihrem Weg des sozialistischen Aufbaus nicht nur ökonomischer Konkurrent, sondern zugleich syste-

Korrektur um 100 Jahre

In der März-Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« passierte der Redaktion ein bedauerlicher Vauxpas. Im Artikel von Norbert Glaske, der an die Gründung der Roten Armee am 23. Februar 1918 erinnerte, wurde das damalige Geschehen im Rahmen der redaktionellen Bearbeitung mal so um 100 Jahre verschoben.

So wurde der berühmte Kanonenschuß des Kreuzers Aurora, das Signal zum Sturm auf das Winterpalais in Petrograd (heute wieder St. Petersburg), samt der russischen Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ins Jahr 2017 verlegt. Auch die Hindenburg-Ludendorff'sche Militärdiktatur und der Eintritt der USA in den 1. Weltkrieg wurden durch den »kleinen Fehler« um 100 Jahre in die Jetztzeit versetzt.

Dem Autor des Beitrages trifft daran keine Schuld. Die gesamte Asche rieselt nun auf das Haupt des Redakteurs herab.

In einer Hinsicht können wir also Entwarnung geben: Hindenburg und Ludendorff gibt es nicht mehr. Jene, die in der Gegenwart – deutsch-national auf (west-)europäisch, aber immer noch national, erweitert – das Vaterland am Hindukusch oder sonstwo in der Welt verteidigen wollen, sind deren Nachfolger im Geiste und in der Tat.

GERD MARKMANN
(Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«)

Kriegsambitionen der BRD

Noch in den 80er Jahren war es kaum denkbar, daß die Polizei sich einmischte, wenn Gewerkschaften streikten oder Streikposten agierten. Der in Gang gesetzte reaktionäre Staatsumbau (BBP 3/2021) läßt nun auch das zur Normalität werden. Wesentliche Einschränkungen des Versammlungsrechts, darunter auch das Vermummungsverbot, die Paragraphen 129 a und b und die derzeit laufende Verschärfung der Rechtsprechung im Zusammenhang mit den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg fallen ebenfalls in die Phase des reaktionären Staatsumbaus.

Und zum Thema »Zugang zu faktenbasierter Information« – ehrlicher Weise wäre von psychologischer Kriegführung zu sprechen – läßt sich wiederum folgendes vernehmen: »Der erheblichen Verbreitung von Desinformation in der Region tritt die Bundesregierung durch die Stärkung des Angebots faktenbasierter Informationen entgegen.«

In den neuen Leitlinien der Bundesregierung zu dieser Weltgegend, vorgelegt von Außenminister Heiko Maas, heißt es dazu: »Im indopazifischen Raum liegen mit China, Indien und Pakistan drei Nuklearmächte, ferner Nordkorea mit einem Nuklearwaffenprogramm; hinzu kommen die USA und Rußland als Pazifikanrainer sowie Frankreich und Großbritannien mit indopazifischen Territorien. Neben zunehmenden geopolitischen Spannungen und offen ausgetragenen Machtivalitäten gibt es zahlreiche umstrittene Grenzverläufe, schwelende innere und grenzüberschreitende Konflikte mit erheblichen Flüchtlingsbewegungen sowie Netzwerke des regionalen und des internationalen Terrorismus, die sich negativ auf die globale Stabilität sowie auf unsere Interessen in der Region auswirken können.« Und zum Thema »offene Seewege«: »Eine Beeinträchtigung dieser Seehandelswege und damit der Lieferketten von und nach Europa hätte gravierende Folgen für Wohlstand und Versorgung unserer Bevölkerung.« Zum Thema »offene Märkte, freier Handel« ist zu lesen: »Angesichts des großen Potentials hat Deutschland ein vitales Interesse an offenen Märkten in der Region. Die Bundesregierung ist der Überzeugung, daß regelbasierter Freihandel zu Wohlstandsgewinnen auf beiden Seiten führt.«

Solches Engagement erfolgt einerseits in trauter Einigkeit mit dem US-Imperialismus und den anderen führenden Imperialisten in der NATO, also vor allem auch mit Großbritannien und Frankreich, verweist aber gleichzeitig auf bestehende Konkurrenz. Den USA, deren früherer Präsident Barack Obama das »Pazifische Jahrhundert« ausgerufen hatte, will Berlin nicht das Feld überlassen.

Der Widerspruch zwischen Einheit und Konkurrenz findet sich auch in der EU. Sie ist ein Instrument der ökonomischen Konkurrenz mit dem US-Imperialismus und zugleich der Ort, an dem der deutsche Imperialismus seine Konkurrenz mit dem französischen austrägt – vor allem nachdem Großbritannien die EU verlassen hat und engere Anbindung an die USA sucht.

PATRIK KÖBELE
(Fortsetzung folgt)

Aus einem Vortrag zum Thema »Reaktionärer Staatsumbau?! – Anforderungen an Strategie und Taktik – Bundestagswahlen 2021«, den Patrik Köbele auf der Tagung des DKP-Parteivorstandes am 28./29.11.20 in Essen hielt. Dies ist Teil 4 einer 5teiligen Folge.

Ohne Kunst und Kultur bleibt es still

Der Vorstand des Vereins »Kunstbrücke Panketal e.V.« ruft alle Mitglieder und alle kunst- und kulturbegeisterten Menschen in Panketal und darüber hinaus auf, das kleine, aber feine Juwel »Studio 7« in Panketal zu unterstützen.

Für viele ist das »Studio7« inzwischen eine wichtige Adresse in Sachen Kultur geworden. Seit rund acht Jahren geben sich zwischen September und Mai in circa 60 Veranstaltungen jährlich wunderbare Künstler aus den Bereichen Musik, Kabarett und Comedy die Klinke in die Hand, darunter natürlich viele bekannte Gesichter – aber eben auch solche, von denen der Betreiber, Bert Eulitz, glaubt, sie Ihnen unbedingt mal vorstellen zu müssen!

Und auch die Künstler schätzen das »Studio7« als Bühne sehr. Sie lieben den guten Ton, die Intimität, die direkte Nähe zum Publikum, das sich im »Studio7« immer wieder als großartig und sehr begeisterungsfähig entpuppt.

Mit einer Schenkung (Spenden müssen vom Empfänger versteuert werden) können Sie den

Fortbestand dieses wichtigen Hotspots der Panketaler Kulturlandschaft sichern helfen!

Auch wenn jetzt von »Lockerungen« die Rede ist: Das »Studio 7« ist räumlich zu klein, kann mit 10 oder 15 zahlenden Gästen keinen Auftritt der Künstler finanzieren und wird bis auf weiteres keine Veranstaltungen im Haus durchführen können. Wir hoffen, zumindest im Verlauf des Jahres eine Neuauflage der gemeinsamen erfolgreichen Veranstaltung »Summer in the City« von »Studio 7« und der »Kunstbrücke« durchführen zu können.

Der Vorstand der »Kunstbrücke« hat gemeldet und geht mit gutem Beispiel voran. Wir überweisen den Betrag von 200 Euro auf das Konto: Bert Eulitz, IBAN: DE89 2004 1144 0601 0904 05, Kennwort: Schenkung

Bitte tragen Sie (wenn es Ihnen möglich ist) Ihren Teil dazu bei, daß wir auch in Zukunft wieder die Musiker und Comedians in unserem Ort begrüßen dürfen, die wir so schätzen!

»Kunstbrücke Panketal e.V.«

60 Jahre bemannte Raumfahrt

Am 12. April 1961 umrundete das Raumschiff Wostock 1 mit JURI GAGARIN an Bord einmal die Erde. Das war der erste bemannte Raumflug in der Geschichte der Menschheit.

Lange Zeit galt das nicht als Raumflug, weil der Raumfahrer vor der Landung das Raumschiff verließ und per Fallschirm zur Erde zurückkehrte. Über Juri Gagarin wurde viel geschrieben. Hier soll einmal über eine weniger bekannte Leistung von ihm berichtet werden.

Bereits im Dezember 1961 bereitete sich Juri Gagarin auf sein Studium an der Shukowski-Akademie der Luftstreitkräfte in Moskau vor. Am 8. Februar 1968 hatte Juri Gagarin seine Diplomarbeit fertiggestellt. Sie war natürlich »streng geheim«. Er arbeitete an dem Projekt Buran 68. Das war ein aus 15 Teilen bestehendes Projekt, an dem auch einige Kosmonauten beteiligt waren. Juri Gagarin hatte im November 1967 einen Raumgleiter, ähnlich dem später eingesetzten amerikanischen »Space Shuttle«, konstruiert. Diese Konstruktion wies jedoch aerodynamische Mängel auf. Mit Hilfe von Spezialisten wurden zirka 200 Landungen simuliert und die Mängel beseitigt.

Die Zusammenstellung aller Teilarbeiten beeinflusste dann die Konstruktionsgrundlage für den 20 Jahre später erfolgten Raumflug der

Raumfähre Buran. Juri Gagarin verteidigte seine Diplomarbeit am 17. Februar 1968 mit dem Prädikat »Auszeichnung«. Der Titel seiner Diplomarbeit: »Die Erforschung der Aerodynamik und Dynamik des Fluges von Orbitalflugzeugen in der Landungsphase«. Am 27. März 1968 verunglückte Juri Gagarin bei einem militärischen Testflug mit einer MiG 15.

Der Buran absolvierte seinen einzigen unbemannten Raumflug im Jahre 1988. Es gab keine technischen Probleme.

Damals waren Konstrukteure und Ökonomen der Meinung, daß die bisherige Raumfahrt zu unökonomisch war. Viel hochwertige Technik und viel Material verglühten nach einmaliger Nutzung in der Atmosphäre. Daraus entstand der Wunsch nach wieder verwendbaren Raumfahrzeugen. Nach damaligem Erkenntnisstand war das mit Raumfähren, die wie eine Rakete starten sollten, um dann als Flugzeug zur Erde zurückzukehren, zu realisieren.

Leider erfüllten sich diese Erwartungen nicht. Die space shuttle der USA absolvierten viele Raumflüge mit Erfolg. Dennoch waren

diese space shuttle eine technische Fehlkonstruktion. Von den fünf gebauten gingen zwei bei Raumflügen verloren. Insgesamt 14 Raumfahrer fanden dabei den Tod.

Vom Buran existierten mehrere fast fertiggestellte Exemplare. Im Gegensatz zum space shuttle flog der Buran nicht mit eigenem Raketenantrieb in den Weltraum, sondern er wurde mit der Rakete Energia gestartet. Durchgesetzt hat sich diese Technik nicht, es fehlte in der SU das Geld, und es setzte sich die Erkenntnis durch, daß es gar keine Nutzlast für solche Einsätze gab. Auch die Entwicklung der europäischen Raumfähre Hermes, von der es nichtmal einen Prototyp gab, wurde wegen stark gestiegener Kosten 1993 eingestellt.

Juri Gagarin leistete einen wichtigen Beitrag zu einer heute nicht mehr genutzten Technik, was damals aber noch nicht voraussehbar war.

Die Erinnerung an Juri Gagarin bleibt, auch wenn nach dem Anschluß an die BRD eine Bilderstürmerei einsetzte, bei der viele Straßen, Schulen und andere Einrichtungen, die seinen Namen trugen, umbenannt wurden.

Leider erleben wir gegenwärtig, was das Andenken des DDR-Kosmonauten Siegmund Jähn anbetrifft, Ähnliches. Auch das ist ein Hinweis auf eine immer dümmere werdende Gesellschaft. *Dr. ULRICH POFAHL*

Dorfgartenhaus e.V. in Altenhof:

Vorhandenes gemeinsam sinnvoll nutzen

Sollen Lebensmittel lokal und ökologisch produziert werden? Sollen Erzeuger und Kunden in direkter Beziehung stehen? Soll es in Altenhof wieder eine Dorfgärtnerei geben? Soll sich eine Initiative darum bemühen? Trägst Du dazu bei?

Langfristig hätte ich eigenständig an der Idee gearbeitet, aber schneller ginge es mit einem von Interessierten zu gründenden gemeinnützigen Verein »Dorfgartenhaus e.V.«, der das Grundstück entsprechend nutzen und entwickeln kann, um es als Fernziel einem professionellen Dorfgärtner, einer Dorfgärtnerin oder einer Familie als Basis für sein/ihr Wirtschaften in Altenhof anzubieten.

An nutzbaren Flächen verfüge ich bereits über gut 3.000 m², weitere Flächen könnten in den Gärten von Vereinsmitgliedern oder durch Zapftungen von Dritten in die Bewirtschaftung einbezogen werden. Der Verein soll der regionalen Produktion von Lebensmitteln (Obst, Gemüse, Kräuter, evtl. auch Kleintiere wie Kaninchen, Geflügel) und deren Verarbei-



tung dienen. Vereinsmitglieder sollen diese günstiger beziehen können und könnten auch den Geräte-/Maschinenbestand der Gärtnerei

nutzen. Der Erhalt und die Vermittlung von Gartenwissen soll eine große Rolle spielen.

Ich bin beispielsweise sehr froh, daß ich mir vor einigen Jahren die Kunst des Senses eignen konnte. Der Austausch zwischen Jung und Alt (bis hin zu Eberswalder Studenten und Altenhofer Heimbewohnern) und das gemeinsame Wirken in Altenhof sollen wichtige Bestandteile des Vereinslebens werden.

Ein Verein deswegen, weil er durch eine breite Basis (Mitgliedsbeiträge, Spenden und öffentliche Fördermittel) eine kraftvolle Unterstützung bedeutet und durch kleine Beiträge vieler Menschen Dinge eher erreichen kann. Über etwas Wissen hinsichtlich Vereinsrecht verfüge ich, auch habe ich mich schon mit einem jungen Biobauern ausgetauscht, wie der Start eines Betriebes gelingen kann (Zeitablauf, Vorbereitungen, benötigtes Gerät und Material, Vertriebsmöglichkeiten wie beispielsweise marktschwaermer.de).

Es liegt an DIR!!! Bist Du an der lokalen Produktion frischer Lebensmittel, damit zusammenhängender Wissensvermittlung, einer Vereinsstruktur im Ort, die sich gegenseitig unter die Arme greift bei z.B. der gemeinschaftlichen Pflege von Gärten und anderer Grünflächen interessiert? Da für die Umsetzung der Idee viel zu organisieren ist, bitte ich um eine zeitnahe Rückmeldung. Bei entsprechendem Interesse kann eine Inforunde stattfinden (die aktuell möglichen Rahmenbedingungen müssen wir dann noch abklären, evtl. im Freien). Kontakt: Telefon/SMS: 0162/7106211 oder eMail: interesse@dorfgartenhaus.de.

Studiengruppe Korea: Frühlingsauftakt 2021

Das Corona-Virus hat einen tiefen Einschnitt in die Bewegungsfreiheit aller Menschen gebracht. Wir haben uns in den gegebenen Grenzen bewegt und unserem politischen Ansinnen entsprochen. Das wollen wir auch weiter tun. Unter Vorbehalt künftiger Corona-Entwicklungen wollen wir den uns verbundenen Frauen herzlichst zum Frauentag 2021 gratulieren, indem wir die ausgefallene Feier am 14. April als geschlossene Veranstaltung unter Beachtung aller notwendigen Hygienemaßnahmen im »Café am Weidendamm« in Eberswalde nachholen. Aufgrund der besonderen Umstände ist in jedem Fall vorab eine verbindliche Teilnahmezusage (bei Karl Diedrich, 03334/212789) erforderlich. In dem Unkostenbeitrag von 12 Euro pro Person ist eine Spende von 2 Euro für die Gaststätte enthalten, die während der Veranstaltung von der Frauenkommission übergeben wird.

MICHAEL KOTH (Vorsitzender Studiengruppe - Korea) und AGNES GRÜNING (Frauenkommission)

Frau Doktor Tölle war eine etwas dickliche mittelgroße Frau, die eigentlich schon immer wie eine Frau mittleren Alters aussah und dies auch später beibehielt. Sie hatte ein rundes freundliches Gesicht mit frischer Farbe und könnte äußerlich die Vorlage für die Schwester Monika des Karikaturisten Erich Schmitt gewesen sein. Ihr glattes ergrauetes Haar wurde zur Darstellung eines fransigen Ponyschnitts verwendet. Eine Brille mit Drahtgestell und kreisrunden Gläsern vervollständigte ihr Aussehen.

Frau Doktor Tölle war charakterisiert durch Farben. Einerseits durch schwarz/weiß und andererseits durch alle Farben. Weiß war ihr Ärztekittel, wenn sie in der Poliklinik in der Karl-Liebkecht-Straße die Sprechstunde abhielt, schwarz ihre Kleidung, wenn man sie auf der Straße traf. Sie trug schwarze Schuhe, schwarze Strümpfe, einen langen schwarzen Mantel, bei dem ein gewöhnlicher Hanfstrick als Gürtel diente, und einen schwarzen Topfhut. Gelegentlich befestigte sie die schwarzen Strümpfe auch mal mit Einweckgummis anstelle eines Strumpfhalters. Leicht vornüber geneigt mit auf dem Rücken gefalteten Händen

Alternative Prominente in Eberswalde (Folge 8): Frau Doktor Tölle

Eine besondere Ärztin

Auf Tölle reimt sich Hölle. Da hatten viele Eberswalder ihre eigenen Sprüche, die an dieser Stelle aber nicht wiedergegeben werden sollen.

bewegte sie sich durch Eberswalde. Männer drehten sich nach ihr um, aber das interessierte Frau Doktor Tölle nicht.

Frau Doktor Tölle wohnte in Westend und fuhr mit dem Obus zur Poliklinik. Oft wurde beobachtet, wie sie aus ihrer Manteltasche eine trockene Schrippe hervorkramte, welche selbige sie dann im Obus verspeiste.

Als erste Eberswalder Ärztin unterschied sie zwischen Kunden und Patienten. Das sparte damals viel Wartezeit für die Kunden und ergab zusätzliche Zeit für die Behandlung von Patienten. Wenn beispielsweise Kunden eine Tauglichkeitsuntersuchung zum Führen eines Kraftfahrzeuges benötigten, dann reichte es, wenn man bei Frau Doktor Tölle im Sprechzimmer die Farben von fünf Bleistiften, die sie in der Hand hielt, benennen konnte. Es soll auch vorgekommen sein, daß diese Art von

Untersuchung sogar im Warteraum stattfand. Soviel zu den Farben. Ebenso soll sie einfach auf dem Gang gerufen haben: »Wer benötigt noch einen Krankenschein?« Die damit gewonnene Zeit kam dann ihren richtigen Patienten zugute. Jedenfalls hatte Frau Doktor Tölle bei ihren Patienten einen recht guten Ruf, trotz oder wegen ihren manchmal recht eigenwilligen Behandlungsmethoden.

Frau Doktor Tölle führte ein recht bescheidenes Privatleben. Patienten berichteten, daß auf dem Ärzteschreibtisch oft eine Kaffeetasse und ein trockenes Brötchen zu finden waren. Eberswalder berichteten auch, Frau Doktor Tölle habe einen großen Teil ihres Vermögens gespendet, um den im Krieg zerstörten Turm der katholischen Kirche in der Schicklerstraße wiederaufzubauen.

ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

Ach, was haben wir uns da bloß mit Corona eingehandelt. Um der Aussicht aus dem Weg zu gehen, auf der Intensivstation zu landen oder hilflos zuhause von Pizzakartons begraben zu werden, müssen wir uns nun seit einem guten Jahr ständig vorsehen, ob wir wo was oder wen anfassen oder in den Mund nehmen.

Doch das ist nicht genug des Ärgers. Auch die ständig wechselnden Anordnungen bezüglich unserer Mobilität machen müde. Mal gilt ein Reiseverbot, dann ein strenger Umkreis, in dem man herumfahren darf. Mal ist die Besucherzahl für Treffen auf Familienmitglieder eingeschränkt, dann wieder auf Bekannte, dafür aber nur Einzelpersonen. Damit es nicht langweilig wird, werden Regelungen mit Extras garniert. Zum Beispiel, daß Geschäfte wieder offen sind, aber sogleich deren Schließung wieder beraten wird, oder daß es Impfungen gibt, für die man gar keinen Termin bekommt.

Manchmal denke ich, es ist genauso nützlich, Nachrichten zu hören, zu popeln oder den Finger in den Wind zu halten. Sicher ist, alte Standardrezepte gelten nicht mehr. Das wissen auch die Politiker. Trotzdem geht jede Woche erneut alles durcheinander. Bei allen Ankündigungen ist keine Spur von Weisheit zu entdecken. Ich habe den Eindruck, daß bezahlte Angestellte des Volkes in allen Ebenen der Politik, die ja professionell unterwegs sind, nicht anders agieren, als wir – die Amateure des Alltags.

Entscheidungsträger verantworten gerade in unsicherem Gewässer nur ungern ihre Entscheidungen selbst, wollen es aber trotzdem allen Recht machen. Da sind Visionen und guter Rat sehr teuer. Deshalb gibt man »da oben« das Geld sehr gern für automatisierte Technik aus, der man im Zweifelsfall auch die Schuld zuschieben kann, wenn es schiefgeht.

Im Angesicht der Gesichtskontrolle

Die EU-Bürgerinitiative von #ReclaimYourFace fordert ein gesetzliches Verbot

Erkennen sie sich selbst? Genau. Nur leider, in der Politik verbrennt sowas nur viel Steuergeld und erzeugt einen großen Reigen von Unzuständigkeiten mit zum Teil katastrophalen Ergebnissen. So gesellen sich zum Brennpunkt alleseits verbreiteter Ansteckungsgefahren Skandale um Raffgier und Inkompetenz diverser Verantwortlicher. Das Feuilleton freut sich, die BILD auch, die Pandemie jedoch läßt sich davon nicht beeindrucken.

Massenhafte Ausspähung

Eine ähnliche Katastrophe steht uns auch mit der im Windschatten der Ereignisse forcierten biometrischen Massenüberwachung ins Haus. Wie gerade ausgeführt, veranlaßt ja der unerschütterliche Glaube an die universale Lösungskraft der Technik Politiker aller Couleur, viel Geld in die Hand zu nehmen, um technische Trends zu befriedigen, die je nach Problemlage das passende Heil bringen sollen. Die letzte Runde war die erst nebenher genehmigte anlaßlose massenhafte Erfassung von Auto-kennzeichen auf Autobahnen, die Bewegungsprofile aller Verkehrsteilnehmer ermöglicht.

Nunmehr geht es darum, eine landesweite anlaßlose Kameraaufzeichnung von Personen an Plätzen, Kreuzungen usw. einzuführen – zu unsrer aller Sicherheit selbstverständlich. Damit lassen sich dann nicht nur Terroristen verfolgen, sondern auch allerlei andere Wünsche befriedigen, wie sowohl heise.de als auch der Verein Digitalcourage e.V. bereits vermeldete.

In Kombination mit der neuen »Bürger-ID« und verschärften Identitätsmerkmalen auf Personalausweisen läßt sich so per Gesichtsanalyse

lückenlos auch die Bewegung einzelner Bürger kontrollieren. Trotz einiger Proteste von Bürgerrechtlern soll aus der Steuer-Identifikationsnummer die Bürgernummer werden, die einen umfassenden Abgleich aller verwaltenden Ressorts des Bundes ermöglicht – so zumindest hat es der Bundestag Ende Januar beschlossen.

Wozu das gut ist? Sessel-Ermittler können sich jetzt schon freuen, wie sich zukünftig feststellen läßt, ob Leute beispielsweise ihren Wohnort verlassen, und wenn ja, wohin sie fahren und vielerlei mehr. In China ist diese Technik zu Corona-Zeiten bereits real im Einsatz, wenn auch nicht flächendeckend, um Bürger nach Wünschen der Behörden zu disziplinieren.

»Ich will mein Gesicht zurück«

Hier im Lande jedoch haben Bewahrer der Bürgerrechte das Gefahrenpotential solch staatlicher Begehrlichkeiten bereits erkannt und wollen ein Zeichen gegen diese übergriffigen Maßnahmen setzen. Mehr als 40 Organisationen fordern in der EU-Bürgerinitiative von #ReclaimYourFace ein gesetzliches Verbot von anlaßloser biometrischer Überwachung. Damit sich die EU-Kommission der Sache annimmt, sind aber 1 Million Unterschriften notwendig. Außerdem muß in mindestens 7 EU-Ländern eine (deutlich kleinere) Mindestanzahl gesammelt werden, in Deutschland etwa 65.000. Daher empfehle ich, die offizielle EU-Bürgerinitiative zu unterschreiben. Hier kann man sich dazu einschreiben: reclaimyourface.eu/de/

THOMAS TOBLER

Der Eberswalder Elch

Eberswalde (hnee/bbp). Er ist die größte heimische Säugetierart und vermutlich der erste Elch, der sich seit der Ausrottung freilebender Elche im späten Mittelalter erstmalig wieder längere Zeit im Raum Eberswalde (Brandenburg) aufgehalten hat. Nun steht das Präparat als Anschauungsobjekt für Lehre und Forschung auf dem Waldcampus der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE).

Der junge Elchbulle wurde am 4. August 2019 im Eberswalder Stadforst erstmals gesichtet. Die folgenden Wochen hielt sich das anderthalbjährige Tier im nördlichen Gebiet um Eberswalde auf. »*Vermutlich handelte es sich um den ersten Elch, der sich seit der Ausrottung freilebender Elche im späten Mittelalter erstmalig wieder längere Zeit (raumstabil) im Gebiet um*

Eberswalde aufgehalten hat«, sagt Dr. FRANK-UWE MICHLER, der das Elch-Präparat am 14. Dezember 2020 in Empfang nahm. Spätere molekularbiologische Analysen ergaben, daß der Elch sehr wahrscheinlich aus Ostpolen eingewandert war. »*Der Elch trug den Haplotyp H2, der unter europäischen Elchen insbesondere in Nordostpolen verbreitet ist*«, berichtet er.

Am 11. September 2019 wurde der Elch dann am westlichen Rand des Stadtteils Nordend in Eberswalde nahe der Bahngleise bewegungsunfähig gesichtet. Frank-Uwe Michler und zwei Tierärzte, darunter der Amtstierarzt, machten sich ein Bild von der Situation und vom Zustand des Tieres. »*Das Tier mußte vor Ort erlöst werden. Die Verletzungen zog sich der Elch sehr wahrscheinlich durch die Kollision mit einer Bahn zu*«, berichtet Michler.

Seine sofortigen Bemühungen beim Stadforster, den Elch für die wildbiologische Sammlung an der HNEE zu sichern, hatten Erfolg. Nicht zuletzt ist die Wildart Elch ein Forschungsschwerpunkt und deshalb von besonderem Interesse für die Wissenschaft. Die Kollegen Frommholz und Bresk (Wild- und Fischpräparationen Eberswalde) präparierten den Elch, der seit Dezember als »*Lehrmaterial*« auf dem Waldcampus zu besichtigen ist.



Foto: Florian Reischer (HNEE)

Eine unglaubliche Fehlleistung

Als ich Anfang der 50iger Jahre meine Lehre im Mansfeld-Kombinat »*Wilhelm Pieck*« in Eisenleben begann, ein Großbetrieb mit ca. 34.000 Mitarbeitern, gab es noch nicht die technischen Möglichkeiten wie sie heute zur Verfügung stehen. Die Schreibmaschinen waren manuell, mit Karteikarten usw. wurde gearbeitet. Es gab die Aufforderung, sich über die Verbesserung der Arbeitsabläufe Gedanken zu machen. Ich erinnere mich an die Neuererbewegung, die manch Positives hervorbrachte.

Was sich jetzt im Internetzeitalter in Sachen Corona landesweit abspielt, ist für mich schwer zu begreifen. Die Coronapflanze hat viele Blüten getrieben, auch sehr viele taube. Das Chaos mit den Impfterminen und den Zentren, wo man eine Impfung erhalten kann, die dauernde Veränderung der Lage und Bestimmungen, macht alte Leute wuschig und verständnislos.

Da es in Bernau keine Impfmöglichkeit gibt, müssen die über 80 jährigen nach Eberswalde, Perleberg, Schönefeld oder... Dies ist im fortgeschrittenen Alter belastend, noch dazu, daß man die Anreise selbst gestalten und aus eigener Tasche bezahlen muß. Hier könnte sich Brandenburg an Berlin ein Beispiel nehmen. Am abwegigsten ist jedoch für mich, das man

als Ehepaar keinen gemeinsamen Impftermin bekommt. Und wenn die Impfungen tatsächlich einmal am gleichen Tag möglich gemacht werden, dann gilt es, unterschiedliche Uhrzeiten zu überbrücken. Dies in der jetzigen Zeit, wo man keine Möglichkeit hat, sich beispielsweise in einer Gaststätte aufhalten zu können.

Die sehr höflichen und hilfsbereiten Damen in der Vergabezentrale des Landes erklärten auf Rückfrage, das gemeinsame Impfungen zu gleichen Zeiten nicht vorgesehen seien.

Obwohl die Gesundheitsministerin Nonnemacher eine externe Firma mit einem unfaßbaren Budget von 660.000 Euro zur Verbesserung der Impfsituation im Land eingesetzt hatte, ist eine solche nicht spürbar, im Gegenteil.

Nach meiner Ansicht könnte das Durcheinander in Brandenburg, wenn genügend Impfdosen vorhanden wären, kurzfristig mit Hilfe der Hausärzte beendet werden. Außerdem scheint mir der in Deutschland bundesweit »*gepflegte*« Föderalismus völlig versagt haben. Hier geht es offensichtlich nach dem Spruch »*Jeder macht was er will, keiner macht was er soll, aber alle machen mit*«. Dem »*Landesfürstentum*« sollte ein Riegel vorgeschoben werden.

ELISABETH REHBAUM, Bernau

Der Aprilscherz

Der Gesetzgebungs- und Vollzugsrat der Bundesrepublik Deutschland (GVRB), landläufig auch als Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) bezeichnet, hatte in der Nacht zum 23. März mal wieder neue Maßnahmen zur »*Eindämmung der Corona-Pandemie*« beschlossen.

Der Brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke hatte die Ergebnisse der GVRB-Beschlüsse noch am selben Morgen per Online-Konferenz im Gesetzgebungs- und Vollzugsrat des Landes Brandenburg (GVRL), das ist die Versammlung der Landräte und Oberbürgermeister im Land Brandenburg, besprochen. Die Beratungen im GVRL bildeten sodann die Grundlage für die Initiativen der Landesregierung zur Umsetzung der GVRB-Beschlüsse. Im Unterschied zur Bundesebene hatte das Brandenburgische Landesparlament dann noch am 24. März die Gelegenheit, über die beschlossenen Maßnahmen zu reden.

An der Verlängerung der geltenden Maßnahmen bis zum 18. April gab es schon vor der aktuellen GVRB-Sitzung keine Zweifel. Sämtliche sogenannte »*Lockerungen*«, diese Diskussion füllte in den Tagen und Wochen davor die Mainstreammedien, sind vom Tisch.

Als besonderes Highlight der Osterfeiertage waren zusätzliche »*Ruhetage*« am Gründonnerstag und am Ostersonnabend angesagt. Niemand wußte nichts Genaues. Aber die Ruhe sollte wie am Sonntag oder an einem Feiertag sein. Die werktätige Bevölkerung in der Republik jubelte: Ein verlängertes Osterfest mit einem zusätzlichen freien Tag!

Nur Heinz, ein Unternehmer aus der Breiten Straße in Eberswalde, ärgerte sich darüber, daß er seinen Arbeitern für's Zuhausebleiben Lohn bezahlen sollte. Außerdem würde durch den Schließtag der Zusammenbruch der internationalen Produktions- und Lieferketten in der Breiten Straße in Eberswalde erfolgen.

Heinz rief also seinen Vereinskumpel Siegfried Russwurm an, der als Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. (BDI) in der Breiten Straße in Berlin sitzt. Siegfried reagierte prompt und telefonierte seinerseits mit seiner Freundin Angela, die im Bundeskanzleramt in Berlin sitzt. Er erklärte ihr: »*Die Sorge in der Breite der Wirtschaft vor langanhaltenden, irreparablen Schäden wächst. Bund und Länder müssen ihre Strategie ändern, um die Freiheit ihrer Bürger zu erhalten*.« Die Bundeskanzlerin hatte natürlich Verständnis für die Sorgen und die Freiheit der Unternehmer und reagierte prompt. Sie rief ganz laut: April, April!

Ja, der Gründonnerstag fällt in diesem Jahr auf den 1. April. Da hätte doch jeder gleich drauf kommen können, daß das bloß ein nett gemeinter Aprilscherz sein sollte. Ein bißchen Spaß muß sein – wo doch in diesem Jahr schon der Karneval ausgefallen ist.

Leider weiß nun niemand mehr, was Aprilscherz ist und was ernst gemeint war.

GERD MARKMANN

Die 2. Tage des offenen brandenburgischen Buches:

Dezentral und digital

Der Neustart für Literatur und Buchkunst in Brandenburg, 17.4.-2.5 und 28.5.-20.6.

Ein landesweites Literaturfestival auf die Beine zu stellen hat in dieser Zeit vermutlich etwas vom Gegen-den-Strom-swimmen, aber wenn der Strom einer Zeit wie dieser alles so sehr durcheinander wirbelt, gibt es ja kein Mit-dem-Strom-swimmen mehr.

Brandenburger Autoren, Buchkünstler, Verleger und Vereine haben sich zusammengefunden, um mit den 2. Tagen des offenen brandenburgischen Buches ein Zeichen gegen die Erstarrung zu setzen, die unter uns eingezogen ist.

Mit 27 Lesungen, 3 Buchkunstevents, einem Lesefestival, einem Kinder- und Jugendbuchfest und einem Lesefest für Menschen mit besonderen Bedürfnissen an 20 besonderen Orten möchten wir ab April den Neustart für die Literatur und Buchkunst in Brandenburg wagen. Auch in diesem Jahr stand wieder eine Brandenburger Buchkunstausstellung ganz oben auf dem Wunschzettel, aber den Bedingungen der Zeit entsprechend ist diese nun ganz innovativ als 1. Digitale Buchkunstausstellung unter www.brandenburger-buecher.de zu finden.

Gemessen an Brandenburgs Image hat sich hier bemerkenswert viel positive Energie gesammelt, die nun gern ein Lichtzeichen in einer sehr finsternen Zeit setzen möchte. Sämtliche Veranstaltungen sind dementsprechend an weitläufigen Veranstaltungsorten mit reduziertem Platzkontingent und vorheriger Platzreservierung geplant. Mehr Informationen finden

Sie unter www.brandenburger-buecher.de. Wir hoffen für das einzige landesweite Literaturfestival in Brandenburg auf rege Neugier.

STEFFI BIEBER-GESKE und HANS JÖRG RAFALSKI

Offene Bühne der Kulturen

Eberswalde (prest-ew). Anlässlich der diesjährigen Offenen Bühne der Kulturen, einer Veranstaltung, die erstmals 2019 stattfand und für Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit in Eberswalde steht, wird die Stadtverwaltung Eberswalde am 15. August erneut eine große Bühne für alle Talente unserer Stadt öffnen.

Für Musikensembles, für Solistinnen und Solisten, für Tanzgruppen, für Theater-Leute, gern aus den unterschiedlichsten lokalen Bezügen dieser Welt und gern eine Vielfalt der Genres widerspiegelnd. Sie alle sind auf der Bühne willkommen, die dieses Jahr in einer der großen Kranbauhallen aufgebaut werden wird - Industriekultur trifft Musik-, Tanz- und Unterhaltungskultur. Anmeldungen bis zum 15. Mai per eMail an die Referentin für Generationen und Familie, Katrin Forster-König (k.forsterkoenig@eberswalde.de).

Piloten-Ehrengedenken

Am 6. April ist der 55. Jahrestag des Flugzeugunglücks in Berlin-Spandau, bei dem die Piloten Boris Kapustin und Juri Janow ihr Leben ließen. Die ehrende Veranstaltung kann in diesem Jahr laut Auskunft des Eberswalder Ordnungsamtes aufgrund der geltenden Pandemiebestimmungen nicht als Versammlung durchgeführt werden.

Um allen treuen Teilnehmern dieses Gedenkens trotzdem Gelegenheit zu geben, ihren Dank und ihre Ehrenbezeugung für die heldenhafte Tat der beiden Piloten zu zeigen, sollte jeder selbst entscheiden, ob er in diesem Jahr am Dienstag nach Ostern allein unter Einhaltung der Gesundheitsmaßnahmen den Gang zum Gedenkstein auf dem Eberswalder Garnisonsfriedhof in der Heegermühler Straße unternimmt, um dort seinen Dank für die heldenhafte Tat auszudrücken.

WALDEMAR HICKEL,
Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft



Die »OsterElerlei« der BeSt Bernauer Stadtmarketing gab es auch in diesem Jahr (Foto).

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (Selbsteinschätzung)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 9 EURO pro Jahr** erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonent/in

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung des o.g. Angebotes)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 24. März 2021

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 21. April 2021.